

Aus dem Inhalt:  
Weltwirtschaft mit Kriegswirtschaften?  
Braune Schande  
Brüchige deutsch-polnische Freundschaft  
Reichsanwalt Jorns

# Der Fall Oesterreich

## Die Realpolitik Hitlers und Mussolinis

Im Südosten Europas ist eine gefährliche Sorte von »realistischer« Politik im Gange. Realismus in dem Sinne, in dem die italienische wie die deutsche Propaganda das Wort begreift, betreibt ein jeder, der auf das internationale Recht und auf bestehende Verträge pfeift und aus dem Verrat an seinen Freunden ein Geschäft macht. Realismus hat man in Belgrad gezeigt, realistische Tendenzen sind in Bukarest fühlbar, wo gewisse Leute sich von der Kleinen Entente weg zur »Achse Gdingen-Konstanza« hinwenden wollen. Wenn dieser realistische Sinn weiter um sich greift, wird schließlich vor lauter »Achsen« kein Platz mehr für den Frieden in dieser Gegend sein.

Das ist ein Teil einer allgemeinen europäischen Erscheinung, die durch den Verrat an der Sanktionspolitik und durch die Ausschaltung des Völkerbundes herbeigeführt worden ist. Seit der systematischen Ausschaltung des Völkerbundes ist die Kontrolle der Kabinettpolitik der Großmächte durch die öffentliche Meinung zurückgedrängt, und in den kleinen Ländern ein Zustand herbeigeführt worden, der unverantwortlichen Kriften, Cliquen und »realistischen« Kabinettpolitikern freies Spiel gibt. Stück für Stück zerfällt die kollektive Organisation des Friedens, die zugleich die Regierungen zu internationaler Verantwortung gezwungen hat.

Das Ausscheiden Belgiens aus den Locarnoverpflichtungen ist ein wesentlicher Akt in diesem Drama. Der Rückzug auf die Neutralität ist unvereinbar mit dem Sinn des Völkerbundespaktes. Daß die belgische Regierung vorgibt, nach wie vor ihren Völkerbundsverpflichtungen treu zu bleiben, hat demgegenüber wenig Bedeutung in einer Zeit, in der die Völkerbundsverpflichtungen im Falle Spaniens offenkundig mit Füßen getreten werden. Der Rückzug auf die Neutralität kommt den Prinzipien der Hitlerpolitik — keine kollektive oder regionale Sicherheit, Lokalisierung von Konflikten statt Konfliktverhinderung durch gemeinsame Wendung gegen den Angreifer — sehr weit entgegen. Deshalb begleitet die Presse des Dritten Reiches die Politik der belgischen Regierung mit lautem Beifall. Was hier an Friedensorganisation zerbrosen wird, kann keine Machtpolitik, auch keine englische Rüstung ersetzen.

Im verstärkten Maße noch zeigt sich der Verfall der Organisation des Friedens im Südosten Europas. Hier herrscht eine fieberhafte Aktivität, aber eine Aktivität der Auflösung, nicht des Zusammenschlusses. Der Südosten Europas droht wieder zum »Balkan« zu werden, und man ist versucht zu sagen, daß die Kurzsichtigkeit der Westmächte diese Zerfallserscheinungen geradezu organisiert hat. Wie fehlerhaft ihre politischen Spekulationen gewesen sind, erweist sich am Falle Oesterreich.

Die deutsche Presse, die ebenso wie die italienische befohlene Ansichten äußert, hat die Begegnung von Mussolini und Schuschnigg in Venedig benutzt, um zu demonstrieren, daß im deutsch-italienischen Verhältnis Deutschland die Vormacht ist. Sie stellt fest, daß die österreichische wie die italienische Politik fest auf die römischen Protokolle wie auf die Abmachungen vom 11. Juli 1936 gebunden worden ist. »Dies beweist« — so schreibt die »Frankfurter Zeitung« — »daß gewisse Bestrebungen, Oesterreich aus dem Be-

reich dieser Zusammenarbeit mit Italien und Deutschland herauszuziehen, den in Prag und Paris erwünschten Erfolg nicht gehabt haben. In Anbetracht der ganzen Verhältnisse überrascht uns das nicht, wie überhaupt die ganze Verlautbarung von Venedig für uns Deutsche keinerlei Überraschungen enthält — was unsere Lage von der anderer Interessen nicht unwesentlich unterscheidet.« Man will mit dieser Sprache zu verstehen geben, daß sich Deutschland der italienischen Haltung versichert hat. In der Tat hat Mussolini großen Eifer bewiesen, den Wünschen Hitlers zu entsprechen — fast zu viel Eifer. Dem österreichischen Bundeskanzler ist dieser Eifer peinlich geworden — aber die unbestreitbare Tatsache ist es, daß Oesterreich von Mussolini, dem einstigen Beauftragten der Stresafront zur Wahrung der österreichischen Unabhängigkeit, an Deutschland ausgeliefert worden ist.

Gegenüber der italienischen Presse, die

in der zynischsten Form die Abhängigkeit der österreichischen Innenpolitik vom Willen der mächtigen Herrenstaaten bloßstellte, hat sich der österreichische Bundeskanzler mit einem Dementi und einer Geste der Unabhängigkeit zur Wehr gesetzt. Aber darauf, wie er sich innenpolitisch einrichtet, kommt es gar nicht an. Tatbestand ist, daß er in der deutlichsten Form an seine Vasallenrolle erinnert worden ist, und daß er sich darnach richten wird. Ist denn die Entstehungsgeschichte der »römischen Protokolle« schon vergessen? Während des abessinischen Krieges, als der Verrat der Westmächte am Völkerbund noch nicht feststand, hatte der österreichische Vasall Unabhängigkeitgelüste gezeigt. Das war die Zeit, wo wirtschaftliche Projekte zur »Organisierung des Donauraumes« lebhaft verfolgt wurden, die vor allem von der Tschechoslowakei ausgingen. Sie waren nur zu verwirklichen zwischen politisch freien Ländern, nur dann, wenn die österreichischen Nachfolgestaaten un-

gestört von den Machtbestrebungen der Großmächte natürliche Beziehungen hätten wieder herstellen können. Damals war in den tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen ein Stadium erreicht, das für solche Pläne noch günstiger erschien als die heutigen Beziehungen. Damals war aber auch die Kleine Entente noch ein wirklich geschlossener Block. Kaum aber bekam Mussolini Luft — durch die Preisgabe der Sanktionspolitik wie durch die Rheinlandbesetzung — so rief er den Vasallen zur Ordnung. Die »römischen Protokolle« vom 17. März 1936 stellten das Herrschaftsverhältnis in vollem Umfange wieder her, sie verpflichteten Oesterreich, mit anderen Staaten keine politischen oder wirtschaftlichen Verhandlungen ohne vorherige Konsultation mit Italien zu führen. Schuschnigg wurde daran erinnert, daß Oesterreich nicht frei ist, sondern Objekt der Kabinettpolitik der Großmächte, die das Land einander hin- und herreichen — so wie ja auch das innere System dieses

## Braune Schande

Der Vormarsch des Rebellengenerals Mola auf Bilbao ist ein einziges großes Verbrechen. Er gilt nicht nur militärischen Zielen, sondern soll zur Ausrottung der baskischen Zivilbevölkerung dienen. Mola hat gedroht, daß er die ganze Provinz verwüsten werde, wenn sie nicht kapituliere. Auf dem Gebiet, das er bisher erobert hat, macht er diese Drohung wahr.

Es ist ein Racheefeldzug. Die Basken sind ein frommer katholischer Volksstamm. Daß sie sich für das Recht, gegen Franco, entschieden haben, zerstört die Absicht der Rebellen, sich als Verteidiger des katholischen Glaubens hinzustellen. Das sollen die baskischen Katholiken mit ihrer Ausrottung bezahlen.

Den Gipfel haben diese Greuel mit der Zerstörung der altbaskischen Stadt Guernica erreicht. Sie ist von Flugzeugen völlig zerstört worden, die flüchtende Zivilbevölkerung ist auf freiem Felde mit Maschinengewehrfeuer aus Flugzeugen niedergemacht worden.

Es ist die Methode der Greuel und des Terrors, die die Italiener in Addis Abeba angewendet haben, die gegen die Zivilbevölkerung von Malaga geübt worden ist. Die Flugzeuge und die Flieger aber, die im Baskenlande zur Zerstörung offener Städte, zum Mord an der Zivilbevölkerung benutzt werden, sind deutscher Herkunft. Die Flieger Hitlers werden benutzt zum Racheefeldzug gegen die baskischen Katholiken. Es ist ein unauslöschlicher Schandfleck für das braune System!

### Der totale Franco

Sein Ziel: faschistische Diktatur und faschistischer Militarismus.

Der Rebell Franco, Hitlers und Mussolinis Agent in Spanien, hat in dem von den Rebellen beherrschten Teil Spaniens den totalen Staat eingeführt. Er hat am 19. April alle Parteien für aufgelöst erklärt, und aus Carlisten und Phalangisten eine »Einheitspartei« gegründet, die als Bindeglied zwischen dem Staat und der Gesellschaft dienen soll. Der »Staat«, das ist er selbst und das verbrecherische Gesindel der Rebellenclique, die Spanien an Mussolini verkaufen wollte. Die Leitung dieser famosen Partei wird von ihm er-

nannt. Kurzum, es ist der Faschismus nach deutsch-italienischem Modell. Seine Mitverschworenen aus der Zeit der Putschvorbereitung, die Partei des Gil Roble und die katholische Partei sind aufgelöst und unterdrückt. Aus dem Bündnis der Reaktion und der Gegenrevolution aller Schattierungen, wie es in Deutschland die Harzburger Front darstellte, ergibt sich überall am Ende die Diktatur der faschistischen Monopolpartei, das heißt die Diktatur verbrecherischer Cliquen. Diese spanische faschistische Monopolpartei hat bereits ihren 30. Juni erlebt. Das Deutsche Nachrichtenbüro hat aus Salamanca mitgeteilt, daß mehrere Phalangistenführer mit der Neuregelung und ihrem von Franco ernannten neuen Parteiführer unzufrieden gewesen wären, daß die Diskussion darüber mit Revolvergeschossen geführt worden wäre, und daß es dabei Tote und Verwundete gegeben hätte.

Dieser Schritt Francos, bei dem man sofort die Einwirkung der deutschen Hintermänner erkennt, zwingt seine Freunde in den demokratischen Ländern Farbe zu bekennen. Bisher haben sie ihre Sympathien für den verbrecherischen Putschisten mit dem Schwindel bedeckt, daß er der Retter des spanischen Volkes vor dem Bolschewismus, der Retter der Religion vor der Gottlosigkeit, der Kultur vor dem Chaos sei. Englische Konservative und französische Reaktionäre mögen nun laut und deutlich sagen, ob sie die Partei des eindeutigen unverhüllten Faschismus in Spanien nehmen. Sie haben bisher die Kühnheit besessen, trotz der Wahlscheidung in Spanien, die verfassungsmäßige Legalität der spanischen Regierung anzuzweifeln — mögen sie nun laut sagen, daß die faschistische Diktatur in ihren Augen die einzig wahre Legalität ist!

Gleich seinen deutschen und italienischen Vorbildern hat Franco als den Zweck des totalen Staates den Krieg bezeichnet. Spanien soll unter seiner Diktatur eine Großmacht mit starkem Heer und noch stärkerer Flotte werden — immer vorausgesetzt, daß er mit Hilfe Deutschlands und Italiens über die Regierung siegt. Aber eben seine Erklärungen sind ein Zeichen dafür, daß er nicht sehr fest an seinen Sieg glaubt. Denn mit diesen Erklärungen spielt er mit

verzweifelter Offenheit das Spiel eines Bundesgenossen Mussolinis gegen die englische Stellung im Mittelmeer, er gibt damit selbst alle Unklarheiten und falschen Erklärungen auf, mit denen er bisher diese Rolle verschleiern wollte. Daß Franco nach einem Siege mit Unverschämtheit in dieser Rolle auftreten würde, war klar. Daß er es heute tut, wo sein Sieg unwahrscheinlicher ist als jemals zuvor, ist die Geste eines Hasardeurs, die von Verzweiflung zeugt.

### „Kuriere aus Prag“

Neue Lockspitzelmethode der Gestapo  
Ein Bewohner des Dritten Reichs, der sich vorübergehend in England aufhält, hat die Gelegenheit wahrgenommen, im »Manchester Guardian« über neue Spitzelmethode der Gestapo zu berichten. Er erzählt:

Im Januar wurde eine große Anzahl von Leuten in einer kleinen Stadt nördlich von Berlin verhaftet. Die meisten waren frühere Funktionäre oder Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei. Die Verhaftungen gingen folgendermaßen vor sich: Zunächst wurde ein Arbeiter verhaftet. Ein paar Stunden, nachdem diese Verhaftung bekannt geworden war, erschienen zwei Gestapoagenten bei einem anderen antifaschistischen Arbeiter. Sie führten sich bei ihm als »Kuriere aus Prag« ein und behaupteten, sie kämen gerade von dem Mann, der verhaftet worden sei und hätten antifaschistisches Material abzugeben. Sie wiesen dieses Material vor und ersuchten den zweiten Mann, es zu übernehmen, wobei sie hinzufügten, sie hätten seine Adresse in Prag erhalten. Wenn das Material übernommen wurde, verließen die Agenten das Haus und kurz darauf erfolgte die Verhaftung. Kam es aber zu einer Erörterung, bei der der Besuchte seine antifaschistische Gesinnung enthielt, so erfolgte die Verhaftung sofort.

Es gingen auch Gestapoagenten mit Sammelisten herum und forderten Personen, die als Gegner der Nazi bekannt sind, auf, für die spanischen Revolutionäre Geld zu geben. Gab einer wirklich, oder machte er eine Bemerkung, aus der seine Sympathie mit dem spanischen Volke hervorging, so wurde er verhaftet.

Landes nicht aus eigener Kraft steht, sondern nur als Ergebnis äußerer Kräfte. Der Vertrag vom 1. Juli 1936 mit Deutschland versetzte Oesterreich in die Lage eines von zwei Herren abhängigen Vasallen.

Seitdem ist im deutsch-italienischen Verhältnis Mussolini der schwächere Teil geworden. Die Last des abessinischen Krieges und der Rüstung, sein gespanntes Verhältnis zu England und seine Beteiligung am spanischen Krieg fesseln ihn viel stärker als Hitler. Er muß für die Hilfe Hitlers bezahlen, und er hat mit Oesterreich bezahlt. Seitdem Mussolinis Schwäche fühlbar geworden ist, hat der österreichische Vasall wieder Unabhängigkeitsgelüste gezeigt. Die alten Donauraumpäne sind wieder erwacht, Beziehungen, die seit den römischen Protokollen eingeschlafen waren, sind wieder aufgenommen worden. Aber wie im Frühjahr 1936 ist diese Bewegung auf das Veto der Großmächte gestoßen. Das Herrschaftsverhältnis ist in Venedig wieder hergestellt worden — nur mit dem Unterschied, daß diesmal Mussolini nicht für sich gearbeitet hat, sondern den Büttel Hitlers gespielt hat.

Nach dem Besuch Görings in Rom vom 13. Januar wurde von sehr ernsthaften Leuten behauptet, daß die faschistischen Bundesgenossen den Südosten Europas in Interessensphären aufgeteilt hätten, wobei Jugoslawien Italien, die Tschechoslowakei Deutschland zugewiesen worden sei. Der jugoslawisch-italienische Vertrag war die erste Bestätigung dafür, das Ergebnis von Venedig ist die zweite. Denn die neue Festnagelung auf die römischen Protokolle verbietet eine selbständige Politik Oesterreichs gegenüber der Tschechoslowakei und der Kleinen Entente, die starke Betonung, die die Leute Mussolinis darauf legen, daß Oesterreich ein deutscher Staat sei — l'Austria è uno stato tedesco — lehrt Schuschnigg, daß er künftighin in der Führung seiner Politik dem Dritten Reich zu gehorchen habe, das heißt, einem Herrn, dessen Politik gegen die Tschechoslowakei, auf die Sprengung der Kleinen Entente gerichtet ist.

Das alles, und das ist das wesentliche, ist wirklich keine Ueberraschung. Eine Ueberraschung wäre es nur gewesen, wenn über Nacht ein österreichisches Wunder eingetreten wäre, wenn aus einem Vasallenstaat, aus einem Lande, in dem das Volk Objekt der Regierungsdiktatur ist, und die Regierung Objekt der Diktatur faschistischer Großmächte, wunderbarer Weise plötzlich ein freies Land geworden wäre. So zauberhafte Wirkungen vermag das Interesse, das man jetzt in England für südoeuropäische Probleme zeigt, leider nicht hervorzurufen. Alle Hoffnungen darauf, daß Oesterreich zum Zankapfel werden müsse, an dem die italienisch-deutsche Entente zerspringen werde, haben getrogen. Der italienisch-jugoslawische Vertrag war schon ein böses Omen — Venedig ist ein weiteres. Denn beide weisen auf einen gefährlichen Prozeß hin; während die Kleine Entente und die Balkanentente, während die stabilen Friedenssysteme im Südosten Europas immer mehr desorganisiert werden, organisieren die faschistischen Mächte und vor allem das Dritte Reich ihre Stellungen in diesem Gebiete immer mehr. Das ist es, was sich aus der mannigfachen Bewegung im Südosten Europas, aus den Reisen und Begegnungen, aus der Auflockerung und der Aufblähung in den Paktsystemen hervorhebt.

Es rächt sich die Politik der Preisgabe der kollektiven Sicherheit, der Begünstigung des italienischen Faschismus, des Rechtsbruchs in der Frage Spanien, der Ausschaltung und der Schwächung der mächtigen rechtlichen und politischen Bindung, die der Völkerbund bedeutete.

## Streicher über euch!

Ribbentrop und Oljenick — Ley bei »Moses«

Aus einem Amsterdamer Sanatorium wurde kürzlich, wie »Daily Herald« berichtet, ein gewisses »Fräulein Henkel« entlassen. Bei ihr hatte sich als Folge eines Autounfalles eine seltene Form von Hirnentzündung eingestellt, für deren Behandlung der dortige Arzt Dr. Oljenick als erste Autorität gilt. In Wirklichkeit war das 14jährige »Fräulein Henkel« die Tochter des Botschafters in London, v. Ribbentrop. Mit ihrem echten Namen durfte sie nicht zu dem berühmten Arzt gehen, weil er — ein polnischer Jude ist.

Ks Ley war neulich in Italien und wurde mit faschistischen Pomp empfangen. In der Mailänder Scala wurde zu seinen Ehren eine Festvorstellung veranstaltet, für die man

# Schwarze Kuchen, keine Butter

## Not und Mißstimmung in der Saarpfalz

Aus der Saarpfalz wird uns geschrieben:

Zu Ostern gab es ein Pfund Weißmehl auf drei Pfund Schwarzmehl. Viele Familien hatten allerdings vorher gehamstert. Die Mehrzahl empfand natürlich den Zwang, schwarzen Kuchen zu backen, sehr unangenehm. Eine Sachverständigenkommission beleierte die einzelnen Orte und besuchte zunächst einmal die Bäckereien, um zu sehen, wie die Bäckermeister mit den neuen Mehlsorten fertig werden. Es wurden Probevorführungen gemacht, um den Bäckern zu zeigen, wie man auch aus schlechtem Mehl gut aussehendes Brot backen kann.

Das Publikum wurde durch Sondervorträge belehrt, wie man sich in die außerordentliche Lage im Interesse des nationalen Aufbaues schicken müsse. Es wurde darauf hingewiesen, daß

### Im Grenzgebiet noch geradezu luxuriöse Brotsorten

hergestellt würden, gegenüber den sehr dunklen im übrigen Reich. Die Umstellung der Bäcker und der Hausfrauen auf die neuen Mehlsorten sei verständlicherweise sehr schwierig, aber man sei noch etwas verwöhnt durch den ständigen Genuß von Weißbrot und müsse sich jetzt der neuen Lage anzupassen lernen. Unter Zurücksetzung persönlicher Bequemlichkeiten müsse die Forderung des Führers unterstützt werden. Den Teilnehmern wurden dann Rezepte verabreicht, zur Herstellung von Hausgebäck aus dunklem Mehl.

Von der Landesbauernschaft Saarpfalz

wird wöchentlich ein Küchenszettel veröffentlicht, der jeweils die der »Versorgungslage angepaßten« Vorschläge für die Hausfrau macht. Anschließend werden dann entsprechende Erläuterungen gegeben, die am 17. April wie folgt lauten:

»Rinderrollen werden ohne Speck bereitet, dafür recht viel Petersilie und Zwiebeln eingewickelt. Die Rollen wenden wir in dunklem Weißmehl. Beim Anbraten Fett sparen.

Rotrübensalat wird bekanntlich ohne Öl zubereitet; also nur Essig, Salz, Zwiebeln nach Belieben, Lorbeerblatt, Nelken, Kümmel.

Kartoffelbrei, Diesmal ohne Butter; mit Vollmilch oder Magermilch angerührt ist er noch bekömmlicher.

Spinat. Erst dünn schneiden und andämpfen, dann Flüssigkeit zugeben, damit kein Nährstoff verloren geht. Weißmehl, Type 1050, zum Binden, schmeckt kräftiger als helles Mehl. Eine roh geriebene Kartoffel tut dieselben Dienste.

Zu Spiegeleier brauchen wir ganz wenig Fett. Salz niemals auf Eigelb streuen.

Dampfnudeln natürlich nur aus dem dunklen Weißmehl; etwas mehr Hefe nehmen.

Königsberger Klopps. Fett sparen bei Herstellung der Tunko! Dunkles Mehl zu verwenden, versteht sich von selbst.

Die Bauern befinden sich in einer merkwürdigen Situation. Sie werden geradezu heimgesucht von Hamstern und von Kontrollleuten. Die Hamstern verlangen neben Eiern und Butter jetzt auch Kleie und Körnerfutter für die Kaninchen- und Hühner-

zucht. In den Städten können die Kaninchenzüchter keine Kleie mehr bekommen, Kartoffelschalen, gemischt mit Kleie, war in der ungünstigen Zeit ein gutes Aushilfsmittel. Jetzt mangelt es selbst auf dem Land an diesem Futtermittel. Die Kontrolleure gehen so scharf vor, daß es den Bauern nicht leicht ist, Getreide und Kleie vor ihnen zu verstecken. Die Nachbarn würden nichts verraten, weil ja alle in der gleichen schwierigen Lage sind. Milch wird an Bekannte und Verwandte immer noch verkauft. Um auch das völlig zu unterbinden, sind in letzter Zeit scharfe Kontrollen, verbunden mit letzten Verwarnungen und Strafandrohungen ergegangen. Nicht einmal für Kranke darf privat ohne besondere Genehmigung geliefert werden.

Es ist heute soweit, daß sogar ein Fremder bereits Schlüsse auf die tatsächliche Stimmung ziehen kann. Das schlechte Brot, der Mehlmangel, die Bedrohung der Kleintierzucht infolge Körner- und Kleiemangel und Schulabettmung, der dann gleich die päpstliche Enzyklika folgte, haben geradezu aufwühlend gewirkt und die allgemeine Unzufriedenheit und Enttäuschung offen hervortreten lassen. Man erzählt den Witz, Hitler sei beim Friseur gewesen und habe verlangt, daß ihm die Haare aufrecht stehend gekämmt werden. Als dies nach großen Bemühungen dem Friseur mißlang, sagte er zu Hitler, geben Sie dem Volk eine freie und geheime Wahl und Sie werden erleben, daß Ihnen ganz von selbst die Haare zu Berge stehen werden.

sinnigerweise ein weniger bekanntes Werk der italienischen Opernliteratur ausgewählt hatte — Rossinis »Moses«. Die Oper schildert sehr dramatisch die Unterdrückung der Juden im alten Aegypten, das Zusammentreffen ihres heldenhaften Führers mit dem jüdenfeindlichen Pharao und den Marsch durch die Wüste und das Rote Meer. Sie schließt damit, daß die Kinder Israels glücklich das gelobte Land erreichen, während die Antisemitenbrut, so wie die Bibel das erzählt, elend erstirbt. Bei dieser Szene gab es einen ungeheuren Beifallsturm, zu dem der italienische Propagandaminister Alfieri selbst das Signal gab. Ley aber in seiner Ehrenloge — was sollte er tun? Er war Gast, und in dieser frühen Abendstunde immer noch nüchtern genug, um zu begreifen, was die Pflicht der Höflichkeit gebot. Kurz und gut: während die Wogen über den Häuptern der ägyptischen SA zusammenschlugen und der Jubel durch das Haus raste, schlug auch er — sichtlich verlegen zwar, aber doch entschlossen — seine Patschhändchen zusammen.

Kein reichsdeutsches Blatt hat bisher über den Vorfall berichtet. Hoffen wir, daß der »Stürmer« das noch nachholen wird.

## Jorns legt seine rote Robe ab

Jüngst ist ein Mann in den Ruhestand getreten und amtlich gefeiert worden, der eine der höchsten Stellen im Dritten Reich bekleidet hatte, eine von denen, die die tragenden Säulen des totalen Staates sind. Es ist ein Mann, der sich auch in der Republik einen Namen zu machen verstanden hatte, wenn auch nicht gerade einen guten. Es ist der Reichsanwalt Paul Jorns, der vom »Führer« mit der Leitung der Staatsanwaltschaft beim Volkgericht betraut worden war. Er war also einer der Regisseure des legalen Terrors, und man muß zugeben, daß sich der »Führer« für dieses im höchsten Maße staatserhaltende Amt einen der bewährtesten Fachleute für Justizmord ausersehen hatte. Im Jahre 1929 fand ein Prozeß vor dem Reichsgericht statt, vor dessen Schranken Paul Jorns, einer seiner ersten Beamten, dem Namen nach als Zeuge, in Wirklichkeit als Angeklagter stand. Er war von Paul Levi, dem Namen nach als Verteidiger, in Wirklichkeit glanzvollster Ankläger, beschuldigt und überführt worden, als Untersuchungsrichter den Mördern Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Vorschub geleistet zu haben. Herrn Jorns war zu danken, daß der Prozeß gegen sie mit dem Freispruch aller Angeklagten, vornehmlich derer mit Offiziersrang, endigte, mit Ausnahme zweier, die zu einer verhältnismäßig kurzen Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Paul Levi sagte in seiner Anklagerede:

»Meine Herren, hier glaube ich, hier treten diese Mauern und tritt diese Decke zurück. Hier ist ein Tag des Gerichts gekommen! Die toten Buchstaben, benutzt

zu dem Zwecke, Schuldige zu schützen, und die vermoderten Knochen der Opfer: sie stehen auf und klagen an den Ankläger von damals.«

Aber der, der die Schuldigen geschützt hatte, war in der Republik in ein hohes Justizamt aufgerückt, und Paul Levi sagt ihm, er habe in den zehn Jahren vergessen, woher seine Robe die rote Farbe trägt.

Im Dritten Reich war Herr Jorns einer der allerhöchsten Justizbeamten geworden, der allerdings alles andere ausübte als gerade Justiz. Nun ist er »nach Erreichung der Altersgrenze« in den Ruhestand getreten und darf, nach so verdienstvoller Laufbahn, sich auf einen sorglosen und geruhigen Lebensabend freuen. Das Dritte Reich hat den Beginn des neuen Abschnitts im Leben des Herrn Jorns gefeiert. Wie, darüber berichtet die »Frankfurter Zeitung« am 2. April:

»Als Vertreter des Reichsjustizministers überreichte Staatssekretär Freisler eine Dankurkunde des Führers und Reichskanzlers, in der die Verdienste des Scheidenden gewürdigt werden. Der Staatssekretär gab einen Rückblick auf das Leben des Reichsanwalts, der bei der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht in Leipzig und in Berlin 17 Jahre lang der Sicherung des Vaterlandes gegen seine inneren und äußeren Feinde gedient hatte... Auch der Präsident des Volksgerichtshofes Staatsminister a. D. Dr. Thierack dankte dem Scheidenden für sein Wirken und teilte ihm mit, daß ihm der Reichskriegsminister sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift in Anerkennung seiner besonderen Verdienste für die Militärverwaltung übersandt habe.«

Jorns durfte des Dankes des Dritten Reichs gewiß sein, denn dieses hatte keineswegs vergessen, woher die rote Farbe der nunmehr endlich abgelegten Robe des Herrn Jorns stammt und von welcher Art der besondere Saft ist, mit dem man nach Meinung der heutigen Beherrscher Deutschlands der Sicherung des Vaterlandes dient und sich im besonderen für die Militärverwaltung verdient macht. G. A. F.

## Lob des Liberalismus

Daladier in Manchester.

Auf einem englisch-französischen Freundschaftsfest in Manchester hielt der französische Kriegsminister und radikale Parteiführer Daladier eine Rede, die einen bemerkenswerten Beitrag zur Problematik unserer Zeit darstellt. Während der englische Liberalismus parteimäßig fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist und anderwärts das Wort »liberal« oder »liberalistische« beinahe schon als Schimpfwort gilt, hat der französische Kriegsminister das Lob des Liberalismus in jeder Form gesungen, nicht nur des geistigen, sondern auch des wirtschaftlichen, mit einem Wort, des Manchesterliberalismus. Angeregt durch den Genius des Ortes feierte er das Andenken des großen Vorkämpfers des Freihandels Richard Cobden: »In einer stürmisch bewegten Zeit Englands verkün-

dete er mit unvergleichlicher Kraft und Klarheit, daß alle Schwierigkeiten der Industrie und des Handels, alles Elend des Volkes und alle Konflikte zwischen den Völkern, eine gemeinsame tiefe Ursache haben, die Exzesse des Protektionismus, die Behinderung des freien Handels.«

Während der demokratische Sozialismus eine Teilung vorzunehmen pflegt, indem er den geistigen Liberalismus ebenso entschieden bejaht, wie er den wirtschaftlichen verneint, bilden für Daladier beide Formen des Liberalismus eine untrennbare Einheit, von der kein Teil leben kann, wenn der andere wegstirbt. In diesem Sinne pries der Kriegsminister der Volksfront auch den französischen Individualismus, der einen Sieg des Kommunismus für alle Zeiten unmöglich mache.

Daladiers Rede ist naturgemäß nicht von allen Parteien der Volksfront mit gleichem Beifall aufgenommen worden. Ihre praktischen politischen Schlußfolgerungen — Zusammenschluß der demokratisch-westeuropäischen Zivilisation gegen die ihr drohenden Gefahren — findet allgemeinere Zustimmung als ihre theoretischen Voraussetzungen. Im ganzen ist sie ein interessanter, wenn auch einseitiger Beitrag zu einer höchst zeitgemäßen Diskussion: Wie sind die fortschrittlichen Kräfte des Liberalismus und des Sozialismus zueinander einzustellen? Wie erreicht man im staatlichen und überstaatlichen Rahmen ein Maximum sozialer und wirtschaftlicher Harmonie bei einem Minimum von staatlichem Zwang?

## Neue Familienausbürgerungen

Das Dritte Reich hat abermals eine Reihe von Familienangehörigen deutscher Antifaschisten ausgebürgert. Auf der neuesten Liste stehen unter anderem die Familien der Sozialdemokraten Böchel, Breitscheid, Crummenerl, Hilferding, Marck.

## Die Arbeitsfront macht Bitte-bitte

Die »Deutsche Arbeitskorrespondenz« beklagt sich darüber, daß »leider noch sehr viele Betriebsordnungen den nationalsozialistischen Anforderungen in keiner Weise entsprechen« und macht die Volksgenossen Unternehmer darauf aufmerksam, daß

»der bevorstehende 1. Mai als nationaler Feiertag des deutschen Volkes besonders geeignet sei, der Welt die Geschlossenheit des schaffenden Deutschlands vor Augen zu führen. Der beste Beitrag der Unternehmer wäre hierzu die Betriebsordnungen zu diesem Tage den nationalsozialistischen Forderungen anzugleichen.«

Nun wissen die Unternehmer, wie sie Herrn Ley eine Freude machen können. Wenn sie allerdings nicht wollen, kann man nichts machen. Zwang gibt es im Dritten Reich nicht — für die Unternehmer.

## Brüchige deutsch-polnische Freundschaft

Freundschaftliche Demonstrationen in Deutschland und Polen

Während Adolf Hitler im Abschluß des deutsch-polnischen Freundschaftspaktes die größte Tat der nationalsozialistischen Außenpolitik sieht und nicht verstumt, diesen Akt bei jeder Gelegenheit hervorzuheben, hat man auf Seiten der polnischen Machthaber immer nur betont, daß dieses Abkommen ein Akt der Zwangsläufigkeit sei, um die polnische Neutralität bei eventuellen Kriegsüberrassungen zu dokumentieren. Und in dieser Richtung wurde der Freundschaftspakt in Polen auch von erster Stunde an betrachtet, es hat sich weder in der Presse, noch in der Haltung der nationalsozialistischen Organisationen gegenüber der deutschen Minderheit etwas geändert, auch der Ton gegenüber Deutschland hat mit Ausnahmen in der Regierungspresse auch keine Besserung erfahren. Es soll nicht bestritten werden, daß die Reichspresse zur polnischen Freundschaft kommandiert wurde, ohne Gegenliebe im polnischen Lager gefunden zu haben. Selbst amtliche Stellen machten kein Hehl daraus, daß der Freundschaftspakt nur ein Akt der Diplomatie ist und daß die unteren Kreise sich wenig um die Auswirkung kümmern. Zwar hat man den Westmarkenverein, der sich die Ausrottung des Deutschtums zum Ziel setzte, dem Namen nach geändert, aber die Ziele dieser unter Leitung hoher Regierungsstellen stehenden Organisationen sind die gleichen geblieben.

Aber auch der Nationalsozialismus braucht in der letzten Zeit eine Ablenkung von dem Elend und der Nahrungsmittelknappheit und so nahm man sich in Deutsch-Oberschlesien die polnische Minderheit zum Ziel, was auf polnischer Seite mit Repressalien beantwortet wurde. Als Dr. Schacht auf seiner Oberschlesienreise die Parole der Wiedergewinnung Polnisch-Oberschlesiens für das Reich ausgab, protestierte man in Warschau heftig gegen diese Trübung der deutsch-polnischen Beziehungen, aber nach einiger Zeit ist auch dem schlesischen Woiwoden eine Entgleisung passiert. Weil er anlässlich des Begräbnisses eines Aufständischenführers von der unerlösten Erde sprach, auf der zu ruhen besagter Führer Anspruch hätte, folgten Berliner Proteste und man kann sagen, daß sich nun auf beiden Seiten der Grenze die Verhältnisse zuspitzen, die in den letzten Tagen den Eindruck erwecken, als wenn man zu einem Bruch des Freundschaftspaktes treibt.

Es ist hier wiederholt auf die Behandlung der Minderheiten zu beiden Seiten der Grenzen hingewiesen worden. Von einem Schutz der deutschen, bzw. polnischen Minderheit unter dem Nationalismus, wie er in beiden Staaten herrscht, kann nicht die Rede sein. Als nun der schlesische Woiwode Dr. Graczyński, um dessen Abberufung sich reichsdeutsche Stellen in Warschau wiederholt bemüht haben, anlässlich der Budgetberatungen erklärte, daß sich nach Ablauf der Genfer Konvention, die am 15. Juli 1937 ihren Abschluß findet, nichts ändern werde, nur werde Polen seine volle Souveränität in Ostoberschlesien erlangen, antwortete ihm der Oberpräsident Dr. Wagner in Breslau, daß Deutschland seiner Minderheit die größtmöglichen Freiheiten zur Sicherung der nationalen Kultur gewähre, aber deshalb von polnischen Stellen erwarten müsse, daß der deutschen Minderheit mindestens die gleichen Rechte zuteil werden. Deutschland könne es nicht dulden, daß seinen Volksgenossen im Ausland eine schlechte Behandlung zuteil werde. Die polnische Presse ließ diese Bemerkungen des schlesischen Oberpräsidenten unbeantwortet, man verwies nur auf die Rechte Polens, welches im eigenen Lande selbst zu bestimmen habe und die Rede des Oberpräsidenten Dr. Wagner sei eine unerwünschte Einmischung, die man sich verbieten müsse.

Um eine Art Schutz des Volkstums zu organisieren, hat man in Westoberschlesien nun eine Kulturwoche veranstaltet, die allerdings einige Monate dauern soll und als Redner ist neben Göbbels auch Frauendorf vorgesehen. Die Kulturwoche zum Schutz des deutschen Volkstums im Grenzland steht unter Leitung des »Bundes deutscher Ostene«, der die Wiedergewinnung verlorener deutscher Gebiete für das Reich zum Ziele hat. Anlässlich dieser Veranstaltung ist nun eine Sondernummer der »Schlesischen Monatshefte« erschienen, in welcher Oberpräsident Dr. Wagner an die Adresse Polens schreibt:

»Die Oberschlesier, die im kulturellen Schaffen so rege am Werke sind und ihr Letztes hergeben für Deutschland, brauchen nicht mehr das Gefühl der Verein-

ungarn hat immer einen eigenen »Globus« gebildet und die ungarische Politik folgte stets eigenen Gesetzen, die in keinem anderen europäischen Land auch nur verständlich gewesen wären. Das war so in den Tagen, da Ungarn Bestandteil der alten Doppel-Monarchie war und ist bis auf den heutigen Tag nicht anders geworden. Die ungarische Konterrevolution, die erste im Nachkriegseuropa, stand völlig im Zeichen des alten Feudaladels, der mit den Bajonetten der rumänischen Armee und mit der Unterstützung der interalliierten Militärkommission seine alte Vormacht wiedereroberte. Und da der herrschende Feudaladel seine Riesengüter in Transylvanien, in der Slowakei und in den abgetrennten südlichen Bezirken durch die Friedensverträge eingebüßt hat, stellte er die gesamte Politik des Landes in den Dienst einer einzigen Aufgabe: der Revision des Friedensvertrages von Trianon, die Ungarn die alten Grenzen und dem Feudaladel seine einstigen Besitzungen wiederbringen soll. Die Chancen des Revisionismus waren freilich in jener ganzen Nachkriegsperiode, in der Frankreich und sein Allianzsystem auf dem Kontinent die unbestrittene Vormacht besaßen, mehr als gering. Zwar stellten die ungarischen Magnaten ihr Land frühzeitig in den Dienst des italienischen Faschismus, von dessen Patronanz sie sich Hilfe gegen die französische Demokratie und die Kleine Entente versprochen. Aber niemand konnte sich der Illusion hingeben, daß die italienische Hilfe allein ausreichen könne, den starken Block der Staaten niederzuzwingen, die für die Verteidigung der Landkarte Europas, wie sie 1919 gezeichnet worden war, eintraten.

Das änderte sich mit einem Schlag, als in Deutschland Hitler an die Macht kam und der Kampf gegen die Friedensverträge in ganz Europa mit erneuter Leidenschaft entfacht wurde. Neben Rom trat nun Berlin als zweiter politischer Pol, nach dem sich die ungarische Aristokratie orientierte. Es ist handgreiflich klar, daß die Achse Rom-Berlin nirgendwo anders in Europa einen stärkeren Verbindungspunkt finden kann als in Budapest. Ueber alle diplomatischen Manöver und Kunstgriffe hinweg bleibt der italienische und der deutsche Faschismus die stärkste Hoffnung der ungarischen Feudalaristokratie. Selbst Rosenbergs Artikel gegen die Revision hat zwar abkühlen, aber nicht alle Hoffnung nehmen können. Noch immer vertraut man in Budapest darauf, im Gefolge der siegreichen deutschen Heere die fremden Nationalitäten, die Budapest einst beherrschte, wieder unterwerfen und die alten Besitzungen wiedergewinnen zu können.

Berlin aber war nicht damit zufrieden, in der ungarischen Feudal-Reaktion einen zuverlässigen Bundesgenossen gefunden zu haben. Es wollte mehr: es wollte in Ungarn an Stelle der feudalen die faschistische Reaktion in den Sattel heben. Statt der aristokratischen sollte die plebejische Konterrevolution regieren. Reales konnte das Dritte Reich dabei kaum gewinnen. Vielleicht hoffte es, ein mit deutscher Hilfe zur Macht ge-

samung und der Verlassenheit zu haben, sie wissen, daß sie nicht allein stehen im Kampfe für deutsches Volkstum, daß vielmehr das ganze deutsche Volk ihnen eine Stütze und Rückendeckung gibt und daß ebenso das ganze deutsche Volk, wenn es nötig ist, auch zum letzten Einsatz gerade für Oberschlesien bereit ist.

Die deutsche Kulturwoche zum Schutz des Volkstums im Grenzland fand aber auch ein Echo in einer Gegenveranstaltung des Westmarkenvereins zur Rettung des bedrohten Pommerellens, wobei die polnischen Nationalisten Graudenz als die Hauptstadt der noch von Polen unerlösten Gebiete erwähnt haben. Es fehlte bei den Ansprachen anlässlich dieser Veranstaltung nicht an heftigen Ausfällen gegen Deutschlands Drang nach dem Osten und man verwies auf die deutschen gleichgeschalteten Organisationen in Posen und Pommerellen als einen neuen Zug der Kreuzritter. In Berlin wurden diese Demonstrationen mit Entrüstung aufgenommen, man will sogar in Warschau ob dieser »Freundschaftsdemonstrationen« Vorstellungen erheben, die einfach über das Abkommen von Januar 1934 zwischen Berlin und Warschau hinweggehen und Deutschland offen bedrohen.

Wie immer der Streit der Nationalisten, die sich auf beiden Seiten der Unterstützung amtlicher Kreise erfreuen, ausarten wird, die

langt faschistischer Diktator werde stärkere Neigungen nach Berlin, als nach Rom zeigen. Vielleicht wollte es dem alliierten Diktator in Rom bei den ungarischen Vassallen den Rang ablaufen. Aber viel mehr als ein Prestigegewinn konnte dabei nicht heraussehen. Daß man diesen Versuch dennoch unternahm, zeigt, wie wenig die deutsche Außenpolitik gegenwärtig von realen Erwägungen, wie sehr sie vom Bedürfnis nach äußeren Glanz bestimmt wird.

Der ungarische Faschismus, der im Schatten der regierenden Feudalherren besteht, umfaßt eine ganze Farbenskala von Gruppen und Organisationen. Da sind die Pfeilkreuzler, die — nachdem man ihnen die Führung des Hakenkreuzes untersagt hatte — ein verkümmertes Hakenkreuz zum Symbol gewählt haben. Sie sind in zwei Gruppen gespalten, die sich vor aller Öffentlichkeit erbittert bekämpfen. Da sind die von faschistischem Geist erfüllten sogenannten »gesellschaftlichen Organisationen«, in denen sich die »goldene Jugend« und ungarische »Offiziersfestschaks« begehen. Da sind schließlich als ernsteste unter den faschistischen Grüppchen die rein nazistisch eingestellten Kreise innerhalb der Regierungspartei, die sich um die Abgeordneten Marton und Mecser sammeln.

Der ungarische Faschismus hatte seine größte Chance unter der Ministerpräsidentschaft Gömbös. Gömbös hat in den stürmischen Tagen der Konterrevolution, als die ungarische Räterepublik im Blut erstickt wurde, Anschauungen vertreten, die sich wie gespenstische Vorahnungen des deutschen Hitlerismus ausnahmen: die Rassenidee, der rabiate Antisemitismus, die diktatorischen Machträume, die verblendete Kriegspolitik. Als dann aber nicht die Plebejer des Faschismus, die die blutige Arbeit — auf den Spuren der rumänischen Armee — verrichtet hatten, sondern der alte Feudaladel die Oberhand behielt, hatte sich Gömbös eilends auf die Seite der Sieger geschlagen. Auch dieser Faschist hat nie verabsäumt, Anschluß an die Macht zu suchen. Durch Jahre war Gömbös der getreue Adjutant des Grafen Stefan Bethlen, der ihm schließlich als Platzhalter die Ministerpräsidentschaft überließ, als er angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten es für geboten hielt, sich zeitweilig in den Hintergrund zu begeben. An der Macht aber kehrte Gömbös allmählich zu den »Idealen« seiner Jugend zurück. Er war unzweifelhaft im Begriffe, die feudale Diktatur in eine faschistische umzuwandeln, als der Tod ihn in das Walhalla der Rassen-schützer abberief.

Reste dieser Gömbös-Aera sind heute noch in der Regierungspartei zu finden. Und sie konservierten sich um so besser, als man in Berlin eifrig damit beschäftigt war, sie zu fördern. Der Abgeordnete Mecser ist der Vertrauensmann des deutschen Außenhandels mit Ungarn. Und da sich dieser Handel im Verlaufe der letzten Jahre üppig entwickelte, gingen und gehen ungezählte Millionen durch die

Freundschaftsdemonstrationen stellen erneut unter Beweis, wie brüchig Verträge der Diktaturen sind. Man hat sogar den Eindruck, als wenn gewisse Stellen in maßgebenden Kreisen diese Gelegenheit benutzen, um auf

Hände des deutschen Agenten. Mecser selbst ist dabei ein schwerreicher Mann geworden. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, welcher Interessentenhaufen sich um ihn bildete und welch starke »Argumente« er für die deutsche Orientierung der ungarischen Innenpolitik ins Feld führen konnte.

Ueber allen Gewässern schwebte der offizielle Vertrauensmann von Berlin, der deutsche Gesandte Mackensen, dessen Heim die Zentrale der faschistischen Verschwörer wurde. Man weiß zu erzählen, daß der Ministerpräsident Daranyi bei einem Empfang Herrn Mackensen boshaft fragte, worüber sich denn gewisse Rechtsabgeordnete so eifrig und gerne in seiner Wohnung unterhielten. Auf Mackensens verlegene Antwort, man diskutiere über deutsche Fragen, habe Daranyi skeptisch geantwortet: Ueber ungarische nicht?

Jedenfalls dauerte es nicht lange, bis die ungarische regierende Kaste von den Intrigen, die sich zwischen dem Gesandten und den Naziagenten in der ungarischen Innenpolitik spannen, Kenntnis erhielt. So sehr man auch in diesen Kreisen gut Wetter in Berlin haben will, so sehr man auf deutsche Hilfe im Kampf um die Wiedereroberung der verlorenen Besitzungen zählt, so wenig war man bereit, sich von den Plebejern im Solde Berlins von der Macht verdrängen zu lassen. Die ungarischen Grafen fanden einen Bundesgenossen in Tibor von Eckhardt, dem Führer der Partei der kleinen Landwirte, der derzeit antidiktatorische Tendenzen hat. Er brachte die ganze Sache ans Licht. Er denunzierte vor der Öffentlichkeit die Intrigen, die da gesponnen, die abenteuerlichen Putschpläne, die im Dienste Berlins vorbereitet wurden. Und damit war auch das ganze Kalkül der ungarischen Hitlerfilliale durchkreuzt. Unter dem Druck der empörten Grafen, der Auflehnung der kleinen Landwirte und der Abwehrbereitschaft der Arbeiterschaft mußte Daranyi zupacken. Es genügte, ein wenig mit dem Staatsanwalt zu drohen, um die Heldengesellschaft zum eiligsten Rückzug zu bewegen. Sobald sich die Staatsgewalt auch nur mit den leisesten Drohungen gegen sie wandte, verzogen sich die faschistischen Heroen, die eben noch von der Machtergreifung geträumt hatten, in alle Winde. Herr Mackensen hatte es eilig, einen Erholungsurlaub in Griechenland anzutreten, von dem er nicht mehr zurückkehrte. Graf Bethlen, der eigentliche Sieger, kann triumphierend einem ausländischen Journalisten versichern, es handle sich nur mehr darum, die letzten Reste des Hakenkreuzertums in der Regierungspartei auszurotten. Von einer wirklichen Gefahr sei nicht mehr die Rede.

Soeben ist der ungarische Honvedminister Roeder nach Berlin gereist. Er will sich überzeugen, daß man dort trotz des Schlags gegen die eigenen Agenten an der Freundschaft in der Außenpolitik festhält. Wird Berlin gute Miene zum bösen Spiel machen? Die ungarischen Grafen jedenfalls bleiben siegesicher. Der »böhmische« Gefreite imponiert ihnen nicht.

Konrad Treu.

## Freie Bahn der Teuerung

Das Ende des Preisstopps.

Seit dem 17. November vorigen Jahres ist die sogenannte Preisstopverordnung in Kraft, die Preiserhöhungen über den Stand vom 30. November 1936 hinaus verbietet. Man sollte meinen, daß ihr Zweck die Verhinderung von Preiserhöhungen oder gar der Zwang zu Preissenkungen ist. Aber am 12. März bereits bereitete Schachts Organ »Der deutsche Volkswirt« darauf vor, daß im Gegenteil eine Preissteigerung bevorsteht. Er warnte davor, die Forderungen nach Preissenkung »als eine so selbstverständlich erfüllbare« darzustellen. Denn »wenn die Preissenkungen ausbleiben oder an ihrer Stelle sogar gelegentliche Preiserhöhungen unvermeidlich werden sollten«, würde »das vom Volke als ein Versagen in Wollen und Können der Wirtschaft oder der Kontrollorganisation empfunden.« Das verschleiern zu wollen, würde der politischen Haltung der Gegenwart nicht ge-

einen Bruch hinzutreiben. Zwar noch nicht heute und morgen, aber Stoff wird gesammelt, um nachzuweisen, wie wenig der Partner seine Versprechungen im besagten Pakt innegehalten hat.

recht, die um der deutschen Zukunft willen auch vorübergehende Lasten und Entbehrungen zu tragen bereit ist. Man durfte allerdings annehmen, daß mit der Preisstopverordnung den Kreisen stop befohlen werden sollte. Das war aber mehr ihr propagandistischer als ihr realer Zweck. Es sollte bei den Arbeitern der Eindruck erweckt werden, daß man sich bemühe, den Druck auf die Löhne durch Druck auf die Preise weniger empfindlich zu machen. Im übrigen aber war Schacht vorausschauend genug, um zu wissen, daß die Weltteuerung der Rohstoffe und noch mehr der deutsche Rohstoffmangel Preissteigerungen unvermeidlich machen. Es handelte sich für das Regime nun darum, sich die Preissteigerung nicht über den Kopf wachsen zu lassen, sondern ihre Lenkung in der Hand zu behalten. Mit der Zeit mußten die Ausnahmen von der Regel des Festhaltens am Preisniveau vom

30. November immer zahlreicher werden, nur wollte man sich vorbehalten, die Ausnahmen selbst zu bestimmen, also gewissermaßen die Umgehungen der eigenen Preisverordnung in eigene Regie zu nehmen. Deshalb gibt »Der deutsche Volkswirt« zu, daß »der Preis-Kommissar von dem allgemeinen Preisstopverbot Ausnahmen zuläßt.«

Nach welchen Gesichtspunkten? »Zur Sicherung der Betriebe durch Wiedererstattung der Unkosten und des angemessenen Gewinnes und »zur Einschränkung des in den Produkten enthaltenen Rohstoffverbrauchs nicht durch Rationierung, sondern durch Preiserhöhung, denn »die Erfahrung hat gelehrt, daß die Erzeugung, wenn sie nicht auf ihre Unkosten zu kommen fürchtet, nachläßt.« Mit anderen Worten: die Ausnahmen, die aber mehr und mehr zur Regel werden, haben den Zweck, die Unternehmer vor den Folgen der Rohstoffteuerung zu sichern und den zivilen Verbrauch zugunsten des militärischen einzuschränken.

Programmatisch setzen denn auch die vom Preis-Kommissar verordnete Lockerung des Preisstopps bei den Erzeugnissen ein, die vornehmlich für den zivilen Verbrauch bestimmt sind. Allerdings darf man nicht glauben, daß bis dahin die Preise mit dem Steigen auf die Erlaubnis des Reichskommissars gewartet haben. Seine Tätigkeit und die seiner Organe beschränkte sich bisher im allgemeinen darauf, nicht erwünschte Preiserhöhungen zu verhindern, so daß die anderen durchschlüpfen konnten. Mitte Januar hatte der Reichsarbeitsminister die Träger des vom Reich geförderten Siedlungs- und Volkswohnungsbaues, also die Kommunalverwaltung angewiesen, sich vor der Vergebung von Aufträgen mit den Preisüberwachungsstellen wegen angemessener Baustoffpreise in Verbindung zu setzen. »Es soll damit verhindert werden, daß von den Lieferanten überhöhte Preise gefordert werden, nachdem die Preissteigerungen für Baustoffe teilweise auf den außerordentlich großen Bedarf des Reiches zurückzuführen waren.« Damit ist also festgestellt, daß die Bauaufträge der öffentlichen Hand bereits zu Preissteigerungen ausgenutzt worden sind. Für die Kasernen und Prachtbauten des Hitlerregimes soll das offenbar auch fernerhin möglich sein, nur für den Bau billiger Wohnungen sollen nicht etwa die bisherigen Übertretungen der Preisstopverordnung rückgängig gemacht, aber doch Preiserhöhungen über die bisherigen hinaus wohl nicht überall, aber hier und da verhindert werden.

Die einschneidendste der bisher zugelassenen Lockerungen des Preisstopps ist der Runderlaß des Preis-Kommissars vom 12. März über die Preisgestaltung im Spinnstoffgewerbe. Nach der Preisstopverordnung dürfen in der Textilwirtschaft Preiserhöhungen über den Stand vom 30. November nur erfolgen, soweit sie durch Verteuerung ausländischer Rohstoffe bedingt sind. Nunmehr dürfen die Textilpreise auch dann erhöht werden, wenn die Kosten steigen nicht nur für ausländische Rohstoffe, sondern auch für Hilfstoffe und den Verarbeitungsverlust durch Abfall. Damit wird der Grundsatz der Preisstopverordnung, daß der Stand vom 30. Nov. die oberste Preisgrenze bilden soll, aufgegeben und durch das »liberalistische« Prinzip der Preisgestaltung auf Grund der Selbstkosten ersetzt. Unterstrichen wird das noch durch die Festsetzung eines höchstzulässigen Preises, »der erforderlich ist, um den den betriebsnotwendigen Aufwand für Erzeugung und Vertrieb einschließlich einer angemessenen Abschreibung zu decken, sowie einen angemessenen Gewinn zu erzielen«. Der dehnbare Begriff der Angemessenheit macht jede Preiskontrolle illusorisch und setzt die Preisstopverordnung für Textilien praktisch außer Kraft. Den Kammgarnspinnereien gegenüber verzichtet man sogar auf den bloßen Schein, als bestünde noch eine Preisgrenze nach oben, indem ihnen in dem Runderlaß gestattet wird, »den Blockpreis des laufenden Preisblocks einzusetzen.« Das heißt nichts anderes, als daß für die Preisfestsetzung nicht mehr der Preis vom 30. November, sondern der jeweilige Einkaufspreis maßgebend ist. In der gleichen Weise ist auch für die Lederwirtschaft der Preisstop gelockert worden. Es wird also dafür gesorgt, daß die Spanne zwischen Lohnhöhe und Preishöhe, zwischen Lohn und Reallohn wächst. Aber dieser Effekt wird planmäßig erstrebt, um Rohstoffe und Devisen für Rüstungszwecke zu ersparen. Das Regime schätzt also offenbar die Entbehrungsreserve des deutschen Volkes noch recht hoch ein.

Ein illustratives Beispiel für die Preispolitik des Dritten Reiches ist die Zustimmung des Preis-Kommissars »zu einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Wirtschaftskreisen, nach der die Handelsspanne für Zigaretten erhöht und das Höchstgewicht der billigen Zigaretten noch vermindert wird.« Das läuft also darauf hinaus,

# Weltwirtschaft — mit autarken Diktaturen?

## Die Grundlagen einer wirklichen Wirtschaftsverständigung

In letzter Zeit ist wieder viel die Rede von einem Versuch, zu einer weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Der im Vergleich mit der hohen Beschäftigung im Inland langsame Anstieg des Welthandels weist auf die Notwendigkeit hin, etwas zum Abbau der Handelsschranken zu unternehmen. Die Herstellung eines freien Handelsverkehrs wäre zudem das einzige Mittel, die Devisenzwangswirtschaft zu beseitigen und den internationalen Kreditverkehr wieder zu ermöglichen. Die Prosperität, die in dem weltwirtschaftlich ausschlaggebenden Teil der Welt herrscht, ist einem solchen Versuch sehr günstig. Die anhaltende Preissteigerung läßt eine Ermäßigung der Zölle und eine Beseitigung der Einfuhrkontingentierung gerade im Interesse der Erhaltung der Konjunktur recht wünschenswert erscheinen und verringert zugleich den Widerstand der Interessenten. Die Steigerung der Ausfuhr ist zudem eine wichtige Konjunkturreserve, die vor allem von Bedeutung sein wird, wenn der künstliche Auftrieb aus der Aufrüstung sich verlangsamt; das gilt namentlich für England, deren wichtigste Ausfuhrindustrien — Kohlenbergbau und Textilindustrie — ihren früheren Absatzraum noch lange nicht erreicht haben, während für die Vereinigten Staaten eine rationelle Verwendung ihres riesigen und noch immer steigenden Goldschatzes um rund 12 Milliarden Dollar nur möglich wird, wenn sie durch Senkung ihrer Zollschränken die Wareneinfuhr steigern.

Eine Neuordnung der Handelspolitik, die Möglichkeit des Abschlusses länger dauernder Handelsverträge setzt aber auch eine Stabilisierung der Währungen voraus. Denn jede Währungsänderung bedeutet ja eine neue Verschiebung in der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die die bestehenden Zollregelungen eines Teils ihrer Wirkungen beraubt. Die Frage der Währungsstabilisierung ist gerade in letzter Zeit wieder besonders aktuell geworden. Das im Anschluß an die Devaluation der früheren Goldwährungsländer im September des Vorjahres abgeschlossene internationale Währungsabkommen zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, in dem sich diese Staaten zusicherten, keine einseitigen Währungsänderungen vorzunehmen, schien eine tatsächliche Währungsstabilität zu sichern. Aber vor kurzem tauchten plötzlich Meldungen auf, wonach die Vereinigten Staaten eine Aufwertung des Dollar, eine Erhöhung seines Goldgehalts beabsichtigte. Die nächste Folge war eine Unterbrechung des Goldhandels, ein Kurseinbruch an den Börsen, eine Störung aller internationalen Zahlungsbeziehungen und ein heftiges Schwanken der Wechselkurse. Die Meldung wurde schließlich energisch dementiert, aber die Verwirrung, die sie angerichtet hatte, zeigte immerhin, wie unbefriedigend der augenblickliche Zustand ist.

Eine nur tatsächliche Stabilisierung, von der jederzeit abgegangen werden kann, genügt eben nicht. Nach all den vorangegangenen Währungswirren bedarf es der gesetzlichen Regelung der gesetzlichen Bindung der wichtigen Währun-

gen an das Gold, also der Rückkehr zur Goldwährung, der bisher die englische Regierung im Gegensatz zur amerikanischen und französischen widerstrebt hat.

Nach dem Scheitern aller vorausgegangenen internationalen Wirtschaftskonferenzen haben die französische und die englische Regierung einen neuen Weg eingeschlagen. Sie haben den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland ersucht, eine Untersuchung über die Möglichkeit der Abtragung der Handelsschranken vorzunehmen und dieser hat den Auftrag angenommen. Diesem Schritt wurde um so größere Bedeutung beigegeben, als gleichzeitig Norman Davis, ein besonderer Vertrauensmann Roosevelts, in London als Teilnehmer an einer internationalen Zuckerkonferenz anwesend ist, und man mit Recht annehmen darf, daß er im Auftrage Roosevelts, an dessen Bereitschaft zur Mitwirkung kein Zweifel besteht, sich um die Förderung der gleichen Aufgabe bemüht.

Kaum war der Auftrag an van Zeeland bekannt geworden, als sich plötzlich Schacht erinnerte, dem belgischen Notenbankpräsidenten einen Gegenbesuch schuldig zu sein. Schulden zu bezahlen, ist aber bekanntlich des ehrbaren Kaufmanns Schacht unwiderstehlicher Zwang, und so erschien er denn in Brüssel. Der Mann, der schon alle Gesinnungen gehabt hat, beherrscht infolgedessen die Sprache aller Gesinnungen, und diesmal sprach der Minister des Reichs der Kriegswirtschaft und der Autarkie ganz geläufig die Sprache der weltwirtschaftlichen Kooperation, erklärte seine Bereitwilligkeit an der Förderung des Welthandels teilzunehmen, beteuerte seine Neigung, die Wirtschaftsbeziehungen zu dem verdammten Sowjetstaat auszudehnen, und sogar schließlich die Reichsmark, bekanntlich die festeste und stabilste Währung der Welt, den Notwendigkeiten einer Neustabilisierung anzupassen, was unter den gegebenen Umständen nur das eine besagt: Schacht ist entgegen allen bisherigen Beteuerungen auch zu einer Abwertung der Mark bereit.

Das Auftreten Schachts erklärt sich nicht nur aus dem Umstand, daß er die Ausschaltung vermeiden wollte, die ihm bei dem Abschluß des internationalen Währungsabkommens passiert war. Es ist auch ein Symptom für die schwierige Wirtschaftslage Deutschlands und für gewisse Meinungsdivergenzen, die sich daraus ergeben. Während der Kreis um Göring stur an dem bisherigen Aufrüstungsstempo festhalten will, unbekümmert um die fortschreitende Inflation und die wachsende Erschöpfung auch der noch vorhandenen Devisenreserven, weiß Schacht, daß trotz aller Zwangsmaßnahmen der Diktatur die Wechselreiterei ihre Grenzen hat, die jetzt immer näher rücken, weiß und sagt er, daß die landwirtschaftliche Autarkie eine Utopie bleibt und die Darrésche Politik Bankrott gemacht hat, daß der Vierjahresplan zwar bestimmt den Devisenaufwand für die vorzunehmenden Investitionen stark vermehrt, jedoch ohne Deutschland zum Selbstversorger auf dem Gebiet der Metalle, der Treibstoffe oder der Textilien machen zu können. Wenn dem aber so ist, dann bringt die

immer weiter gehende Ausschaltung Deutschlands auch ihre Gefahren gerade für den Kriegsfall mit sich. Denn die einmal unterbrochenen Beziehungen lassen sich so leicht nicht wieder aufnehmen, und die Versorgung Deutschlands aus dem Ausland wird gerade dann am schwierigsten, wenn sie am dringendsten ist. Es sind Sorgen, die nicht nur von Wirtschaftskreisen, sondern auch von Teilen der Heeresführung geteilt werden, ohne daß die Meinungsdivergenzen, die ja nur die beste Methode der Kriegsvorbereitung betreffen, etwa eine politische Schwächung des Systems bedeuteten. Aber sie machen deutlich, warum es Schacht erlaubt war, die Mitwirkung Deutschlands anzubieten, und zugleich, daß es sich höchstens um eine Aenderung der Methode handelt, um das Ziel noch sicherer zu erreichen. Warum sollte Schacht nicht erlaubt sein, in dem Augenblick, in dem die Schwierigkeiten der deutschen Kriegswirtschaft ein so hohes Maß erreichen, den Versuch zu machen, vom Ausland Erleichterungen zu erlangen; vielleicht gegen das Versprechen, das ohnehin schwierig durchzuhaltende Tempo der Aufrüstung ein wenig zu verlangsamen, wertvolle Konzessionen — neue Schuldenherabsetzung, Exporterleichterungen, Kolonien — zu erreichen. Der Versuch kann kaum schaden, und scheitert er, so ist der feindliche Vernichtungswille des bösen Auslandes aufs neue bewiesen.

Aber Schacht hat nichts zu bieten. Die deutschen Schwierigkeiten sind ja nicht die Schuld des Auslandes, sondern das zwingende Ergebnis der deutschen Politik der Kriegsvorbereitung. Deutschlands Aufrüstung übersteigt die deutsche Finanz- und Wirtschaftskraft. Sah er die inflationistische Finanzierung, die wieder die Devisenzwangswirtschaft bedingt; daher die Devisennot, die das Außenhandelsmonopol mit seinen exorbitanten Zöllen, seinen Einfuhrverboten und Kontingentierungen notwendig macht; daher und daher allein die Rohstoffnot, die früher in Deutschland ebenso unbekannt war, wie sie es heute etwa in Schweden oder der Schweiz ist; daher das Autarkiebestreben einerseits, und der Schein nach Kolonien. Eins hält das andere, und Deutschland kann deshalb nicht an einer weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, so lange es seine Kriegsvorbereitung weitertreibt. Daran festzuhalten sind sie aber alle einig, die Schacht und die Göring, und deshalb erscheinen sie nur als fordernde Störenfriede, nie als Helfer am Werk.

Das scheint allmählich auch das Ausland zu erkennen. Bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit ist nur zu erreichen gegen und ohne die Diktaturstaaten, und jeder Versuch, sie in die Kooperation einzubeziehen, führt zu seinem Scheitern. Die freie Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen der anderen Staaten ist durchaus möglich, sobald man auf die Illusion verzichtet, man könne die Diktaturstaaten, deren Wirtschaft von Mars regiert wird, mit einbeziehen. Umgekehrt: erst die Verständigung der anderen wird die Diktaturstaaten, die sich aus der Weltwirtschaft ausgeschlossen haben, in jene ausweglose Situation bringen; in die sie ihre Kriegswirtschaft hineinzwingt.

Dr. Richard Kern.

## Autarke Logik

Vor Vertretern der »Gaubetriebsgemeinschaft Eisen und Metall« sprach in München der Reichstreuhänder der Arbeit Kurt Frey. Er sagte u. a. (laut Bericht der »Münchener Neuesten Nachrichten« Nr. 112):

»Gegenwärtig ist es noch nicht möglich, aus der passiven Sozialpolitik zur aktiven überzugehen, weil die Voraussetzungen bei den mangelnden Vorräten an Lebensnotwendigkeiten noch nicht gegeben sind. Wenn die Frage der Kolonien und der Rohstoffe gelöst sein wird und wenn durch Schaffung neuer Anlagen auf Grund des Vierjahresplanes die Unabhängigkeit vom Ausland gesichert sein wird, bleiben Mittel für die Beschaffung von Lebensnotwendigkeiten aus dem Ausland, was eine Besserung der Lebenshaltung des einzelnen zur Folge haben wird.«

Wenn wir vom Ausland unabhängig geworden sind, können wir Lebensnotwendigkeiten einführen. Nur solange wir das Ausland brauchen, brauchen wir es nicht; wenn wir es nicht mehr brauchen, brauchen wir es wieder.

daß die Raucher für dasselbe Geld weniger Tabak bekommen, damit die Erhöhung der Gewinnspanne bei den Zigarettenhändlern nicht auf Kosten der Zigarettenfabrikanten gehe.

Mit der Lockerung des Preisstopps scheint im Widerspruch zu stehen, daß der Kreis derer erweitert wird, die für die Uebertretung der Preisverordnung bestraft werden können. Der Preis-Kommissar hat entschieden, daß die mit dem Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936 angeordneten Strafen nicht nur den treffen, der einen erhöhten Preis fordert oder sich bezahlen läßt, sondern auch den, der ihn zahlt oder zu zahlen verspricht, überhaupt jeden, der dabei mitwirkt, daß eine Preiserhöhung eintritt. Aber der Widerspruch ist nur scheinbar. Uebertretungen der Preisverordnung werden vor einem Sondergericht verhandelt, aber offenbar will der Preis-Kommissar dieses Sondergericht vor Arbeitsüberlastung bewahren, weil »eine zu häufige Inanspruchnahme der Sondergerichte dazu führen würde, diese scharfe Waffe in ihrer Wirkung abzuschwächen«. Zur Erhebung

der Anklage soll der Staatsanwalt nur von der örtlich zuständigen Preisüberwachungsstelle angeregt werden. Er darf außerdem die Anklage nur erheben, wenn die Preisüberwachungsstelle, bevor sie die Erhebung der Anklage beantragt, die Zustimmung des Preis-Kommissars eingeholt hat. Damit wird der Denunziationsrummel eingedämmt, aber auch ausgesprochen, daß nicht aller Frevel an der Preisverordnung bestraft werden darf, sondern nur die Fälle, die der Preis-Kommissar als strafwürdig ansieht. Die Entscheidung über die Erhebung der Anklage ist von dem öffentlichen Ankläger, der verpflichtet ist, in jedem Fall von Gesetzesübertretung einzugreifen, an den Preis-Kommissar übergegangen, der wahrscheinlich in den meisten Fällen ein Auge zudrücken und nur um der Propaganda willen einzelne Sündenböcke aus der Herde der Sünder herausgreifen wird. Der Nachteil dieser Methode ist, daß das ordentliche Gerichtsverfahren durch persönliche Willkür ersetzt wird, also völlige Rechtsunsicherheit Platz greift, die für die Unternehmer noch lästiger sein dürfte als die Preisverordnung selbst. G. A. F.

# Disziplin und Spanien

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Widerstand des spanischen Volkes gegen die Meuterer wirksamer gewesen wäre, wenn die Massen von Anfang an mehr Disziplin gezeigt hätten. Es unterliegt aber sehr starkem Zweifel, ob in einem disziplinierten Volke jemals eine Bewegung von so unerhörter Großartigkeit möglich gewesen wäre. Ich will keineswegs der Disziplinlosigkeit das Wort reden, so wenig, wie ich etwa das spanische Klima empfehlen will. Es ist mir nur darum zu tun, einige landläufige Begriffe zu klären und psychologische Zusammenhänge zu beleuchten, wobei ich es als erfreuliches Nebenprodukt begrüßen würde, wenn dadurch etwas Ueberheblichkeit abgebaut würde, die gerade uns Deutschen heute nicht gut ansteht.

Zunächst muß man sich darüber einigen, was man unter Disziplin verstehen will. Es scheint mir nicht berechtigt, etwa das Verhalten Kataloniens als Disziplinlosigkeit zu bezeichnen, das von manchen behauptete Mißverhältnis zwischen den Mitteln der katalanischen Republik und ihrem Einsatz im heutigen Kampf. Wenn dieses Mißverhältnis wirklich bestünde, so bedeutete es Mangel an Solidarität und an politischen Fernblick. Disziplin ist Einordnung und Unterordnung zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes und Verzicht auf die Kritik der Mittel. Die Wege der Ausführung werden einer höheren Instanz anheimgestellt; der Ausführende ist nur Mittel zum Zweck, jeder Art von Verantwortung ledig. Das ist die einzige Form von Disziplin, die man von freien Menschen fordern kann. Soweit beim Militär der Zweck wegfällt, weil ihn die Leute nicht kennen oder nicht teilen, wird die Unterordnung zum Kadavergehorsam. Der interessiert uns hier nicht. Er hat in Spanien eine geringe Rolle gespielt. In der Marine hat die große Mehrheit der Mannschaften die Disziplin sofort aufgesagt, sobald sie sich klar wurde, daß man sie gegen die Republik verwendete. Was der Terror der Meuterer von den Truppen erzog, war weder Frucht der Disziplin noch des Kadavergehorsams, sondern des Terrors. Die italienischen Heeresabteilungen in Spanien, denen man Kadavergehorsam zumutete, haben völlig versagt. Und außerdem ist es ja nicht das Fehlen dieses Gehorsams, das man bei den Republikanern beklagt, sondern das der Disziplin; man verlangt von ihnen den freiwilligen Verzicht darauf, die Wege zum gewollten und klar erkannten Ziel mit dem eigenen Kopf zu suchen.

Durch die Disziplin werden Ergebnisse erzielt, die ohne sie unmöglich wären. Dem Einzelnen werden Nachdenken und Zweifel abgenommen, Verantwortung und Schuldgefühl. Disziplin bedeutet eine ungeheure Kraftersparnis; durch sie werden Menschenmassen auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet, was sonst nur durch ergreifende Ereignisse — in Panik, Begeisterung, Rausch — und auf kurze Zeit möglich ist. Wenn die Disziplin in normalen Zeiten als wohltätige Umfriedung des eigenen Bereichs vom Individuum empfunden und angestrebt werden kann, so bedeutet sie in anderen Zeitläuften, besonders im Kriege, vielfach die höchste Anforderung an die sittlichen und körperlichen Fähigkeiten. Disziplin ist die einer Sache, nicht einer Person gehaltene Treue. Disziplin ist der Verzicht auf Persönliches, zugunsten einer Sache, welcher Verzicht bis zum Tode gehen kann. In ihr liegt Ehrfurcht und Vertrauen auf besseres Wissen der anderen, Elemente, die sich auch in der religiösen Einstellung zu den Dingen finden.

Aber dieses Konzentrieren der individuellen Kräfte zu einer handelnden Einheit, die die selbständige Entscheidung als überflüssig und schädlich lahm legt, hat zwei schwerwiegende Folgen: es macht die Massen unselbständig und legt den leitenden Instanzen ein Uebermaß von Verantwortung auf.

Im Deutschland-Bericht der Sopade vom Dezember 1936 konnte man lesen: »Unsere Leute sind durch die früheren Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zu unselbständig geworden. Sie wissen sich heute nicht recht zu helfen.« (S. A. 20.)

Wenn ein sachlicher Beobachter, der wahrscheinlich selbst Funktionär war, dies für einen kleinen Kreis feststellen kann, der den in Frage Kommenden durchaus übersichtlich und verständlich ist, wieviel mehr gilt das Gesagte für den weiten Kreis politischer Fragen! Jene unerlässlich erscheinende Arbeitsteilung, die den Führern die Entscheidung und den Massen die disziplinierte Ausführung zuschiebt, muß die Entscheidungsfähigkeit der Massen beeinträchtigen. Daran ist niemand schuld, weder die Massen noch die Führer, das folgt aus den Tatsachen, wie das Verkümmern jeder Funktion, die nicht beansprucht wird. Es ist unvermeidlich, daß einem neuen überraschenden Ereignis gegenüber die an Disziplin gewöhnten Massen nicht instinktmäßig irgend eine Abwehr unternehmen und noch viel weniger eine Uebersicht über die Lage zu gewinnen und sich danach zu orientieren suchen, sondern sich zunächst fragen: was entscheiden die Führer? Das ist die eine Kehrseite der Disziplin.

Die andere halte ich für viel verhängnisvoller, nämlich das Uebermaß an Verantwortung für die Führer. Man stelle sich einen Menschen vor — einen Menschen, kein reißendes Tier in Menschengestalt —, der darüber zu entscheiden hätte, ob durch den Widerstand gegen die Meuterer der Bürgerkrieg entfesselt werden sollte oder nicht. Einen Menschen, mit seiner kurzen Spanne Leben, durch Gefühl und Nerven den Mitmenschen verwoben, der in der einen Hand den Schlüssel hielte zu der Hölle von Blut und Qual des spanischen Bürgerkrieges und in der anderen zu dem trostlosen Zuchthaus eines faschistischen Staates. Woher soll er Mut und Kraft nehmen, zu entscheiden, wo der Einsatz an Leben und Glück nicht von ihm, sondern von Hunderttausenden seiner Mitmenschen gemacht werden muß? Ein Individuum, das da die Entscheidung wagt, ist entweder so lahm in seiner Vorstellungskraft, daß es mit unerschlossenen Worten operiert, oder es ist so arm an

menschlicher Solidarität, an Erbarmen mit der Kreatur, daß diesem Fehlbetrag auf der Seite des Gefühls auch anderweitige Anomalien entsprechen müssen. Es ist kaum anzunehmen, daß gerade so beschaffene Persönlichkeiten es in demokratischen Organisationen zu den ausschlaggebenden Stellungen bringen können. Die Eigenschaften, auf Grund deren die Masse ihre Entscheidungen in seine Hand legt, lassen den Parteiführer des Messers Schneide schwer handhaben, wo es um fremdes Schicksal geht. Es gereicht ihm zur Ehre, wenn er zögert, aber der Sache gereicht es sehr oft zum Schaden.

In Spanien ist die erste Entscheidung in der Masse selbst gefallen, ohne Zuzwartung, ohne Anruf irgend einer Instanz. Welche Instanz hätte unbewaffnete Menschen gegen Bewaffnete geschickt? Dann hat das spanische Staatsoberhaupt, wirklich als Vollzieher des Volkswillens, dem Willen des Widerstandes die Möglichkeit zugesellt, indem er das Volk bewaffnen ließ, eine geschichtliche Tat, die Manuel Azana in alle Ewigkeit nicht vergessen werden darf. Vergleiche mit anderen Bewegungen sind nicht am Platze. Soviel ich weiß, verzeichnet die Geschichte keinen Fall, in dem eine auf die Arbeiterschaft gestützte rechtmäßige Regierung, im Besitz des Staatsapparates, gegen meuterndes Offizier- und Polizeikorps, hinter denen wirtschaftliche und Machtinteressen fremder Mächte standen, in einen Kampf um die Existenz getreten wäre. Spuren der Analogie ließen sich zum Kapputsch finden. Aber um Analogien und praktische Lehren handelt es sich hier nicht. Weder können die Spanier deutsche Disziplin von den Deutschen lernen, noch diese individualistische Initiative von den Spaniern. Was man dagegen aus der spanischen Revolution lernen kann, scheint mir die Erwartung, bei jeder kommenden Volksbewegung in Europa mit farbigen Truppen rechnen zu müssen (heute braucht man deshalb Kolonien) und mit einer internationalen Einheitsfront der Reaktion. Die

großen Ueberraschungen in Spanien waren die Marokkaner, denen jetzt Askari zu folgen scheinen, und die als Nicht-Intervention dekorierte Einheitsfront gegen die legitime Regierung, unter der Führung Großbritanniens. Wie es der Gegner macht, können wir am Beispiel der Halbinsel sehen und daraus viele Folgerungen ziehen; wie man ihm wehrt, wird wohl immer hauptsächlich vom Volkscharakter und von der jeweiligen Lage abhängen.

Daß das spanische Volk heute die Disziplin um so ungeheuer hohen Preis erwerben muß, ist sicher zu bedauern. Aber das, was diese Männer der Disziplin widerstreben läßt, zu der andere Völker durch Schule, Familie und vor allem durch die Industrie erzogen wurden, sind Eigenschaften, ohne die an Stelle des heutigen Kampfes die Knebelung und Verschacherung des spanischen Volkes getreten wäre. Zu dem Preis, den heute Spanien für seine Freiheit zahlt, hätte sich kein Führer verstehen können und dürfen. Die Disziplin gibt der Masse ein Gehirn, eine wägende Vernunft, sie rationalisiert die Massenbewegung. Keine menschliche Vernunft hätte die Schleusen des unermeßlichen Grauens, der erhabenen Selbstvernichtung um ewiger Werte willen, zu öffnen vermocht. Hier sind Mächte entfesselt, die höher sind als alle Vernunft, vielleicht auch tiefer, aber auf der anderen Ebene liegend und das Individuum mehr verschlingend als je Disziplin es verschlang. Gewissermaßen Geschichte im Urzustand, als Lava, als ungebändigtes Element.

Disziplin ist eine Form der Bändigung von Naturkräften. Sie vervielfältigt unsere Leistungsfähigkeit, sie durchdringt Massenhandlung mit wägender Vernunft. Aber, wie jede Erweiterung des Machtbereichs der Vernunft in einer vernunftlosen Umwelt, wie jede Lähmung des Animalischen birgt sie Gefahren und darf nie höher geschätzt werden, als dies ihre objektive Zweckmäßigkeit rechtfertigt.

Oda Olberg.

## Lehren der Geschichte

Zu dem Buche Arthur Koestlers »Menschenopfer unerhört...«

Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Louis de Broeckere, macht in der Presse auf das Schicksal Arthur Koestlers aufmerksam, der sich seit der Einnahme Malagas in den Händen Queipo de Liano befindet, und dessen Leben ernstlich gefährdet ist. Arthur Koestler hat als Sonderberichterstatter des »News Chronicle«, London, vier Wochen nach Ausbruch der Revolte Portugal und das südspanische Rebellengebiet bereist. Er hat in den folgenden Monaten auch die übrigen von der Regierung beherrschten Teile Spaniens besucht, und seine von großer Sachkunde und hoher Objektivität erfüllten Berichte haben nicht wenig dazu beigetragen, die englische Öffentlichkeit über den wahren Stand der Verhältnisse in Spanien aufzuklären.

Eine zusammenfassende Darstellung der spanischen Tragödie, die den Zeitraum bis Anfang November umfaßt, ist unter dem Titel »Menschenopfer unerhört...« im Carrefour-Verlag, Paris, erschienen. Ein schmales Bändchen, nur 204 Seiten stark, aber mit einer ungeheuren Menge von Tatsachenmaterial, Dokumenten und authentischen Berichten gefüllt, die dem Leser einen ausgezeichneten Abriss der spanischen Geschichte vermitteln. Keine Reportage eines Schlachtenbummlers, sondern das Werk eines politischen Schriftstellers, der die wirtschaftlichen und sozialen Wurzeln der Vorgänge aufdeckt, die handelnden Personen und Parteien meisterhaft schildert und die internationalen Zusammenhänge klar herausarbeitet. Der knappe Stil, das Fehlen allen überflüssigen Beiwerks und die eindrucksvolle Gegenüberstellung der Tatsachen erhöhen den literarischen Wert des Buches, das durch einen Appell Romain Rollands an das Weltgewissen ergänzt wird.

Was das Buch Koestler für den deutschen antifaschistischen Leser besonders wertvoll macht, sind seine Parallelen zwischen dem Ablauf der Ereignisse in Spanien und in Deutschland sowie die Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen dem spanischen und dem deutschen Faschismus. Man denkt an Deutschland, wenn man folgende Sätze über die Entwicklung der inneren Verhältnisse in Spanien nach dem Sieg der Republik im Jahre 1931 bis zum Beginn der Reaktion 1933 liest:

»Die Republik hatte die konspirierenden Offiziersbünde nicht angetastet, den Staatsapparat von der alten, sabotierenden Bürokratie nicht gereinigt. Armee und Zivilgarde blieben, was sie waren: Instrumente der Reaktion. Die wirtschaftlichen und militärischen Machtpositionen blieben in den Händen des Feindes. So geringfügig die von der Regierung eingeleiteten Reformen waren, die Herenkaste fühlte sich in ihren angestammten Privilegien bedroht; ihr war es nicht um Detailfragen zu tun, ihr Kampf ging von Anfang an aufs Ganze — auf die Ausrottung aller Keime einer neuen liberalen Aera in Spanien und auf die Wiedererrichtung der Diktatur.« (S. 35/36.)

Auch die Darstellung der inneren Verhältnisse in Spanien nach dem Sieg der Volksfront im Februar 1936 bis zum Ausbruch der Offiziersrevolte gestattet wertvolle Vergleiche:

»Die Hoffnung der spanischen Demokraten, mit den Mächten der Barbarei zu einem modus vivendi zu gelangen, die Hoffnung, daß es möglich sein sollte, Mittelalter und Neuzeit auf dem gleichen Boden in idyllischem Frieden miteinander zu vereinen, erweist sich als verhängnisvolle Illusion. Anstatt dem Feudalismus in Spanien endlich seine ökonomischen Fundamente zu entziehen und seine politischen Sturmtruppen zu liquidieren, sind

die republikanischen Kreise bemüht, ihre friedlichen Absichten unter Beweis zu stellen; die Quittung überreicht ihnen General Franco am 18. Juli auf der Spitze seiner Bajonette.« (S. 53.)

Welche Kräfte waren es aber, die die reaktionären Cliquen veranlaßten, den Vorstoß gegen die von einer ungeheuren Mehrheit gewählte demokratische Regierung zu wagen?:

»Sie wagten es, weil ihnen

a) die aktive politische und militärische Hilfe der drei faschistischen Staaten in Europa: Deutschland, Italien und Portugal zugesichert war, als deren Exponenten sie sich fühlten und nach deren Instruktionen sie handelten;

b) weil sie über die landfremden Truppen der Marokkaner und der Fremdenlegion, über die Bürgerkriegstruppen der Phalange und der Carlsten, über den größten Teil des Offizierskorps der Armee und über die wichtigsten Waffenarsenale verfügten;

c) weil sie damit rechneten, das Land zu überrumpeln und durch ein vorher ausgearbeitetes, wahrhaft mittelalterliches Terrormsystem den Widerstand der unbewaffneten, militärisch ungeschulten Massen zu lähmen und in einigen Tagen völlig zu brechen.« (S. 60.)

Der Darstellung namentlich des dritten Punktes ist ein großer Teil des Buches von Koestler gewidmet. Hier werden zahlreiche Tatsachen und Dokumente mitgeteilt, die erst in ihrer knappen Zusammenfassung eine genauere Kenntnis der spanischen Vorgänge ermöglichen. Hier tritt auch die frappante Ähnlichkeit der Methoden Francos und Queipo de Lianos mit denen Hitlers, Görings und Göbbels zutage. Wenn Franco gleich zu Beginn des Aufstandes etwa 50.000 Menschen »zur Abschreckung« abschlachten läßt, so hält er sich an das Rezept Görings vom 3. März 1933:

# Hakenkreuz über Danzig

## Nach dem Rückzug des Völkerbundes

»Ich habe keine Gerechtigkeit zu üben, sondern zu vernichten und auszurotten.« Und wenn bei der ganzen Propaganda der spanischen Faschisten und ihrer Gesinnungsfreunde in anderen Ländern die Schuld an den Vorgängen der anderen Seite zugeschoben wird, so haben wir das klassische Rezept aus den Tagen des Reichstagsbrandes und des Hitlerumsturzes vor uns: »Erstens haben die anderen angefangen, und zweitens haben wir bloß angefangen, um den anderen zuvorzukommen.«

International bedeutsam ist die Schlußfolgerung, zu der Koestler, nach der Schilderung der ersten vier Monate des spanischen Bürgerkrieges, gelangt:

»Der spanische Krieg ist für den Faschismus in vieler Hinsicht die Generalprobe des Weltkrieges, den er vorbereitet; er ist es auch im Hinblick auf die Propaganda. Die Verantwortung dem Gegner aufzubürden; den Angriffskrieg als Befriedungsmaßnahme, die Brandstiftung als Löschaktion hinzustellen; die Kriegserklärung als Friedensangebot zu tarnen — das sind die Methoden der propagandistischen Vorbereitung des neuen europäischen Krieges.« (S. 179.)

Es ist in Spanien nicht so glatt gegangen, wie die faschistischen Brandstifter es sich vorgestellt haben: die Aufständischen und ihre deutschen und italienischen Bundesgenossen sind auf den heldenhaften Widerstand des spanischen Volkes gestoßen, dem vielfach auch die aktive Hilfe der freiheitlichen Kräfte in der ganzen Welt zuteil wurde; von den Schlachtfeldern Spaniens und dem erfolgreichen Widerstand der spanischen Demokratie geht eine neue Welle der Ermutigung für die demokratischen und sozialistischen Kräfte in allen Ländern aus, die notwendigerweise zu einem starken Rückschlag für den internationalen Faschismus und insbesondere zu einem Prestigeverlust für den Nationalsozialismus führen muß. Und dennoch bleibt die in der Darstellung Koestlers liegende Warnung heute ebenso aktuell wie vor dem »Wunder von Madrid«: Gebt Acht auf die Propaganda- und Vernebelungsmethoden des Faschismus, der besonders dann eifrig vom »Frieden« redet, wenn er mit allen Kräften den Krieg vorbereitet!

A. S.

### Was ist Sozialismus?

»Bei der Großkundgebung der Reichsbetriebsgemeinschaft Banken und Versicherungen in Königsberg sprach Reichsbetriebsgemeinschaftsverwalter Parteigenosse Lencer-Berlin ...

Mit Nachdruck betonte er, daß Sozialismus nicht eine Sache der Allgemeinheit, sondern jedes einzelnen ist und als der Freiheitskampf jedes Volksgenossen um sein inneres Wesen bezeichnet werden kann. Als ihre Hauptaufgabe betrachtet die Reichsbetriebsgemeinschaft Banken und Versicherungen die Leistungssteigerung.«

(»Preußische Zeitung« Nr. 98.)

Aus Danzig kommen neue Alarmschrichten. Sie melden wieder Verhaftungen von Funktionären der Oppositionsparteien, erhöhten Polizeiterror und eine erneute Ausweitung des allgemeinen Terrors, den die nationalsozialistischen Organisationen auf die Bevölkerung ausüben. Bereits seit dem Sommer des vorigen Jahres ist die gesamte politische Tätigkeit der Danziger oppositionellen Kreise unterdrückt. Die Sozialdemokratische Partei ist verboten, ihre Zeitung, ebenso wie das Zentrumsblatt, dürfen nicht erscheinen. Der Zentrumspartei und der Deutschen nationalen Volkspartei verwehrt man mit Polizeimitteln auch das letzte innerorganisatorische Leben. Die demokratische Verfassung, die der Völkerbund garantieren sollte, ist längst zum größten Teil außer Kraft gesetzt. Das alles genügt den Nationalsozialisten aber noch nicht. Ihr Ziel ist jetzt auch die formale Beseitigung der Verfassung, um für alle Zukunft einer Auflockerung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in Danzig vorzubeugen. Bei der innigen Verflechtung der Danziger Frage mit den gesamteuropäischen Problemen bestände immerhin die Möglichkeit einer Neuaufrollung des Danziger Verfassungskonfliktes vor den internationalen Instanzen, und da die Danziger Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit nach wie vor dem Nationalsozialismus gegenüber oppositionell eingestellt ist, könnte die Durchsetzung auch nur bescheidener in der Verfassung verankerter Freiheitsrechte, in Anbetracht der Möglichkeit von Neuwahlen zum Danziger Parlament, sehr rasch zu einem grundlegenden Wechsel der politischen Verhältnisse in Danzig führen. Wie gering die Massenbasis ist, über die das nationalsozialistische Regime in Danzig verfügt, beweist am besten die Tatsache, daß auch unter den heutigen Verhältnissen völliger Unfreiheit die Nationalsozialisten es nicht wagen, Neuwahlen auszuschreiben, obwohl sie stets behaupten, daß eine solche Neuwahl für sie die zu einer Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit herbeiführen würde.

Bereits seit einigen Monaten sind in der Presse dann und wann Nachrichten erschienen, die von den Versuchen der Nationalsozialisten berichten, im jetzt bestehenden Landesparlament, dem Volkstag, eine Zweidrittelmehrheit durch Ausschaltung, Terrorisierung oder auch Korruption einzelner oppositioneller Abgeordneter zu erreichen. Von den 72 Abgeordneten des Danziger Parlaments gehörten seit der letzten Volkstagswahl vom 7. April 1935 im ganzen 42 Abgeordnete den Nationalsozialisten, 28 der Opposition und 2 den Polen an, die sich, wie die Opposition, stets gegen eine Verfassungsänderung ausgesprochen haben. Bereits im Herbst vorigen Jahres gelang es den Nationalsozialisten durch Ausübung eines wirtschaftlichen Drucks auf einen der drei deutschnationalen Abgeordneten diesen zur

Fahrenflucht aus dem oppositionellen Lager zu bewegen. Die neuen systematischen Versuche der Nationalsozialisten zur Erschütterung der Position der Danziger oppositionellen Parteien im Volkstag datieren aber erst seit den Beschlüssen der Januartagung des Völkerbunds, die zwar theoretisch die Völkerbundsgarantie in bezug auf die Danziger Verfassung erneut anerkannten, praktisch aber der Außerkraftsetzung der Verfassung keinerlei Schwierigkeiten mehr bereiten.

In der polnischen Presse erschienen dieser Tage Schilderungen einer Reihe von Fällen, in denen die Nationalsozialisten versucht haben, oppositionelle Abgeordnete zum Uebertritt in die NSDAP zu veranlassen. Für die Verhältnisse in Danzig ist es bezeichnend, daß bei diesen Versuchen als ausführende Organe nicht etwa nationalsozialistische Parteifunktionäre, sondern Beamte der politischen Polizei fungieren, die nach der vom Völkerbund garantierten Verfassung selbstverständlich parteipolitisch neutral ihre Funktionen erfüllen sollen. Während einer Untersuchungshaft hatten, wie erinnerlich, Polizeibeamte bereits Ende vorigen Jahres den deutschnationalen Abgeordneten Gamm und, nach einer 4monatigen Schutzhaft, dessen Nachfolger, den früheren Senator Dr. Blavier, zur Niederlegung ihrer Volkstagsmandate veranlaßt. Man hatte gehofft, den weiteren Nachfolger, Jonas, zum Anschluß an die nationalsozialistische Fraktion bewegen zu können. Das ist den Nationalsozialisten jedoch nicht gelungen. Inzwischen hat die politische Polizei auch nicht einen einzigen oppositionellen Abgeordneten mit ihren Erpressungsversuchen verschont.

Noch bevor die Polizei den sozialdemokratischen Abgeordneten Brill während einer 3½monatigen Untersuchungshaft veranlaßt hatte, auf sein Volkstagsmandat zu verzichten, hatte sie versucht, seinen Listennachfolger, den Landarbeiter Großmann, unter Androhung eines erdichteten Landesvertragsverfahrens zugunsten Polens zum Anschluß an die NSDAP zu zwingen. Großmann wurde mehrfach von der Polizei sistiert, aber der Erfolg blieb bisher noch aus. Bei dem Zentrumsabgeordneten Günther, ebenfalls einem Arbeiter vom Lande, waren die Drohungen erfolgreicher. Günther erhielt später verbürgtermaßen zur Belohnung für seinen Uebertritt 6000 Danziger Gulden (6000 polnische Zloty) in bar ausgezahlt.

Tatsächlich bedienen sich die Polizeibeamten bei ihren Unternehmungen gleichzeitig der verschiedensten Drohungen und Versprechungen. Einem Zentrumsabgeordneten, dem Bauern Höhn, drohten sie, falls er weiter dem Zentrum treu bleibe, mit dem Anschluß aus der Landesbauernkammer. — Also mit wirtschaftlichem Ruin — für den anderen Fall versprochen sie ihm die sofortige Auszahlung einer Summe von 10.000 Gulden.

Dem Sozialdemokratischen Abgeordneten Goudau, einem Arbeitslosen, bot man sogar 15.000 Gulden an. Die Polizeibeamten verschmähten es auch nicht, sich um den Uebertritt der beiden kommunistischen Abgeordneten zu bemühen. So bot man dem seit Jahren aus dem Dienst entlassenen kommunistischen Abgeordneten Plenikowski wieder eine Lehrerstelle an, dem kommunistischen Abgeordneten Langenau drohten sie mit einem politischen Strafverfahren. Dem Zentrumsabgeordneten Posack, einem pensionierten Polizeibeamten, stellte man Entzug der Pension in Aussicht. Das sind nach den Informationen der polnischen Presse, nur einige Beispiele. Aber fast alle diese Erpressungs- und Korruptionversuche sind gescheitert. Die Vertreter der Opposition sind, obwohl sie sich meist in wirtschaftlicher Notlage befinden — die meisten sozialdemokratischen und auch einige Zentrumsabgeordnete, sowie die beiden Kommunisten, sind erwerbelos — und obwohl sie seit Jahren mit Strafverfahren, Schutzhaft und durch individuellen Terror verfolgt werden, trotzdem bisher auch in ihrer augenblicklichen verzweifelten politischen Lage den Anstrengungen der Nazis.

Im Februar dieses Jahres hatten die Nationalsozialisten bereits erstmalig den Weg beschritten, einen sozialdemokratischen Abgeordneten, den Arbeiter Kruppke, seines Abgeordnetenmandats für verlustig zu erklären, weil er an einer einzigen Sitzung des Volkstages nicht teilgenommen hatte. Man hatte, wie erinnerlich, eigens für diese Aktion eine neue Verordnung geschaffen, die selbstverständlich zu der Verfassung in krassem Widerspruch steht. Man hatte aber dadurch die sozialdemokratische Fraktion um ein Mandat beraubt, weil der Nachfolger Kruppkes, der Landarbeiter Schwerdtfeger, schon vorher zu den Nazis übergetreten war.

Nunmehr hat man diese Verordnung ein zweites Mal angewendet. In der Vorwoche hat der in seiner Mehrheit aus Nationalsozialisten bestehende Wahlausschuß auch dem sozialdemokratischen Abgeordneten und ehemaligen Redakteur der »Danziger Volksstimme« Brost, der von Danzig abwesend ist, das Mandat aberkannt.

Den Nachfolger Brosts, den Angestellten Gedeck, der sich trotz aller Drohungen mit Strafverfahren und geldlichen Versprechungen nicht zum Uebertritt zur NSDAP bewegen war, hat die Polizei nunmehr in Haft genommen, um von ihm unter diesen Umständen Zugeständnisse zu erpressen. Um den Erfolg eher sicherzustellen, wurde auch seine Braut von der Polizei in Schutzhaft genommen. Einen Tag später wurde auch der nächste Listennachfolger, der ehemalige Redakteur der »Danziger Volksstimme«, Hermann Thomah, in Haft genommen.

Gleichzeitig mit Gedeck wurde auch der sozialdemokratische Abgeordnete Weber, ebenfalls ein früherer Redakteur der »Danziger

### Betriebsappell

#### am Festtag der Arbeit.

Wir treffen uns alle im Hof der Fabrik und marschieren geschlossen durchs hintere Tor.

Daß keiner mir durchbrennt! Wir kennen den Trick

vom Türchen im Keller. Ich stell mich davor und faß jeden Ausreißer selbst beim Genick.

Vergeßt mir nicht, daß ihr begeistert seid und alle freiwillig zur Festwiese drängt.

Wenn einer nicht laut genug Heißer schreit, der kann schon sein Bündelchen schnüren, der hängt,

und kommt erst der Zahltag — dann ist es so weit.

Und außerdem — zieht nicht die Stirnen so kraus,

am Festtag der Arbeit ist sowas nicht recht. Langt nicht eure trockenen Brote heraus und heult auch nicht wieder, es wäre euch schlecht,

ihr hättet das Kotzen und müßtet nach Haus.

Los, freut euch des Lebens! Genießt euer Glück!

Man hat euch befreit und ihr merkt es nicht mal,

so blöd seid ihr. Wünscht euch den Maifrag zurück,

den einst ihr gefeiert. Es ist ein Skandal.

Ich bring euch ins Loch — alle achthundert Stück.

(Ich hab selber die Schnauze voll) Abtreten! Hugin.

### Neue Bücher

Man hat Theodor Wolff, den ehemaligen Chefredakteur des »Berliner Tageblattes«, oft einen Dichter genannt. Seine Leitartikel gaben stets mehr als die Charakterisierung einer politischen Situation, fingen die Atmosphäre mit ein, die um die politischen Dinge schwebt, waren meistens mehr politisch gefärbtes Stimmungsbild als politische Auseinandersetzung. Es wird darum niemanden sehr verwundern, wenn er jetzt mit einem halbpolitischen Roman aufwartet, der recht gut ist und durchaus neben den stärkeren epischen Leistungen der emigrierten Literatur bestehen kann. Das Buch heißt »Die Schwimmerin« (Verlag Oprecht), erzählt die Geschichte einer Freundschaft zwischen einem jungen Mädchen und einem älteren Manne und erstreckt sich vom Kriege bis in unsere Zeit. Im Hintergrund der Handlung spielen all die Dinge, die wir aus eigenem Erleben kennen: politische Umwälzung, Inflationstaukel, Rationalisierung, Krise, Ausbruch des Dritten Reiches. Die Strömungen der Zeit spiegeln sich in Menschen, die alle ihre eigene Physiognomie tragen, mit feinen Griffel hingepast, individuell belebt und bewegt. Das Mädchen: eine echte Berliner Figur, tatkräftig und unsentimental. Er: ein Wirtschaftsorganisator, menschlich-sympathisch, leicht ironisch von sich und der Welt denkend, kein echter Liberaler, wie das politisch interessierte Mädchen spöttisch sagt und Geist vom Geiste Theodor Wolffs.

Sein Held weiß um das Versinken einer alten Welt, um das Heraufkommen einer neuen, aber er bezweifelt milde, daß sie

besser sein wird als die alte. »Der alte Gedankenplunder kommt auf den Müllhaufen, aber ein paar von den schönen Worten kann man vielleicht noch als Etikette benutzen, die werden dann auf Flaschen mit ganz anderem Inhalt geklebt ...« Womit er zweifellos recht hat, wenn er den demagogischen Schwindel treffen will, den die neuen Despoten mit Begriffen wie Freiheit, Sozialismus, Recht und Gerechtigkeit treiben. Stellenweise klingt eine leicht ironische Auseinandersetzung des Autors mit seinem Ernst auf, aber sie wird nicht durchgeführt, bleibt im schönen bunten Spiel der Worte hängen, läßt alles weitere offen. Worum streiten, da alles im Fluß ist? Das Mädchen hat mit seinem Spott nicht Unrecht und der Autor vernimmt es mit Lächeln. Doch das tut dem dichterischen Gehalt des Buches keinen Abbruch, rundet im Gegenteil die Gestalt dieses durchaus tapferen liberalen Hamlet zeitgemäß und wahrheitsgetreu ab. Alle Vorzüge und Eigenheiten Wolffscher Darstellung werden offenbar: Kultur der Sprache, Freude an trefflicheren Bildern, Sinn für Nuancen und Feinheiten der Unterscheidungen, skeptisches Lächeln, Wissen um die Gebrechen des eigenen Lagers. Kein »blutvolles Buch« — selbst das Kampfgetöse wird durch lächelnde Skepsis gemildert —, doch nichtadequat weniger ein lebendiger Roman, der die bitteren Schwächen und Irrungen und Wirungen unserer Zeit darzutun sucht. Ästhetisch und politisch durchaus das, was man von dem Dichter T. W. erwartet hätte.

Eise Lasker-Schüler kennt Palästina nicht nur wie ihre deutsche Heimat,

sondern weiß es so zu schildern, daß sensiblen Lesern zumute sein mag, als würden sie an der Hand durch zauberisches Land geführt. So in dem Buche »Das Hebräerland« (Verlag Oprecht). Sie sieht das alte, neue Land lyrisch-lydisch, und wir wünschen, daß alle, die dort schwer mit harter Scholle ringen müssen, in so gehobener Stimmung atmeten, wie die Autorin der Hebräischen Gedichte, wenn sie Jerusalem sieht, »die auserwählte Braut Gottes ...« Der Drang zur Idyllisierung (und Verniedlichung) der Dinge ist in der Dichterin stärker geworden. Aus ihrer Feder rauscht ein frommes Gottesbewußtsein, das immer wieder jedes realistische Bild durchbricht. Der Palästinafahrer wird vielleicht trotzdem finden, daß diese Reiseaufzeichnungen manchen Stimmungen und Farben des Landes besser gerecht werden, als realistischere Berichte. Mag sein. Trotzdem wird man dem Buche kein Unrecht tun, wenn man es zu denen rechnet, die aus rauher Wirklichkeit gültige Illusionen zaubern. Untertitel: Wie das fromme Herz einer jüdischen Lyrikerin das Land ihrer Väter erlebt. Acht Zeichnungen der Dichterin schmücken das Buch.

Die Bücher, die das Dritte Reich im Brennspiegel der Komik und Satire zeigen, kann man an den Fingern einer Hand herzählen. Es hängt damit zusammen, daß die braune Wirklichkeit erfolgreich mit allen satirischen Uebertreibungen konkurriert. Auch das Buch »Wodans Wiederkehr« von Urs Lechti (Jean-Christophe-Verlag, Zürich) gleitet über Tatsachen nicht sehr hinaus. »Lustiger Reisebericht aus einer

# Die Briefmarken-Schlacht

ger Volksstimme von der politischen Polizei verhaftet. Auch an ihm will man die Erpressungsversuche, mit größerem Erfolg, wie man hofft, vornehmen. Die Polizeibeamten haben in der letzten Zeit wiederholt weitere Schutzhaftmaßnahmen gegen Abgeordnete angekündigt. Es ist zu bemerken, daß der Vorsitzende der Zentrumspartei, der Abgeordnete und geistliche Studienrat Stachnick, sich bereits seit 3 Monaten in Haft befindet. Den Nationalsozialisten fehlen immer noch 3 Mandate an einer Zweidrittelmehrheit.

Dieser nationalsozialistische Terror geht aber vor sich unter den Augen des im Januar vom Völkerbundsrat neuernannten Hohen Kommissars, des Schweizer Professors Carl Burckhardt. Es ist den Danziger Oppositionskreisen nicht einmal möglich, den Hohen Kommissar zu informieren oder ihn um Schutz anzugehen, weil bekanntlich im Sommer vorigen Jahres der Danziger Senat eine Verordnung erließ, die die Information des Hohen Kommissars unter Strafe stellt, und die immer noch nicht ihre Aufhebung gefunden hat. Die Völkerbundsgarantie der Danziger Verfassung ist unter diesen Umständen zu einer Farce geworden.

Vermutlich um dem neuen Hohen Kommissar die ganze Nichtachtung der Nationalsozialisten vor völkerrechtlichen Bindungen vor Augen zu führen, hat der Präsident des Danziger Senats Greiser am 20. April, dem Geburtstag Hitlers, der Danziger Schutzpolizei eine neue Fahne übergeben, die in der Mitte des Feldes nicht etwa das Wappen der Freien Stadt, sondern das Hakenkreuz trägt. Und der Danziger Gauleiter der NSDAP Forster, erklärte an diesem Tage in seiner Festrede ganz öffentlich in einer Versammlung der Danziger Messehalle, daß am 20. April 1938 auch die Danziger Gebäude, auf denen heute keine Hakenkreuzfahne weht, weil sie sich weder in Privatbesitz noch im Besitz des Danziger Staates befinden, die Hakenkreuzfahne zeigen würden. Er meinte mit diesen Gebäuden die Residenz des Hohen Kommissars, das Generalkommissariat der Republik Polen und die Gebäude der polnischen Post- und Eisenbahnverwaltung.

## Die Dekoration des Ausbeuterparadieses

Um die soziale Knechtung der deutschen Arbeiter vollenden und doch verhüllen zu können, wurde mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit von den Nationalsozialisten eine sogenannte soziale Ehrengerechtigbarkeit eingeführt. Daß diese Ehrengerichte nicht mehr sind als eine Dekoration, deren Wirkung für naive Gemüter bestimmt ist, daß sie überflüssig und sinnlos sind, das wird durch ihre Tätigkeit im Jahre 1936 bestätigt.

Es wurden im vorigen Jahre insgesamt 251 Anträge bei den Ehrengerichten eingereicht, das sind 47 mehr als im Jahre vor-

Aus dem Dritten Reich wird bald wieder eine gewaltige Siegesmeldung kommen, die Siegesmeldung, daß die Geburtstagsbriefmarken mit dem Hitlerkopf wie warme Semmeln abgegangen, daß sie — zu erheblich erhöhten Preisen — so stürmisch gekauft worden sind wie keine Klebmarke je zuvor (seit den seligen Thurn- und Taxis-Zeiten und soweit die deutsche Zunge reicht), die Siegesmeldung, daß die überflüssige Reichspost der »unbändigen« Nachfrage kaum gewachsen war.

Woher wir das im voraus so genau wissen? Ja, die Überraschungssiege des Dritten Reiches werfen ihre Schatten weit voraus. Seit Wochen gehen Notizen wie diese durch die deutschen Blätter:

»Bis auf weiteres werden bei allen öffentlichen Veranstaltungen politischer oder sonstiger Art sowie auf den Bahnsteigen wichtiger Bahnhöfe und in größeren Gaststätten »fliegende Markenverkäufer« für den Verkauf von Viererblocks eingesetzt werden.

Die Deutsche Reichspost wird am Ge-

her. Mehr als 20 Prozent dieser Anträge richteten sich außerdem gegen Arbeiter, die ihre berechtigte Forderung auf Lohnerhöhung durch Arbeitseinstellung unterstrichen hatten. Diese Arbeiter sind von den Ehrengerichten durchwegs bestraft worden. Und zwar viel härter als die Unternehmer, die sich wegen »Ausnutzung der Arbeitskräfte«, »Kränkung der Ehre« oder »unsozialen Verhaltens« gegen Lehrlinge und jugendliche Arbeiter zu verantworten hatten.

Von den 251 Anträgen waren bis Jahresende 156 rechtskräftig erledigt. In 103 Fällen wurde auf Geldstrafe bis zu 499 RM erkannt, in 14 Fällen betrug die Strafe 500 und mehr RM. Vierzehnmal wurde ein Verweis und einmal eine Warnung erteilt. Sechsmal wurde die Befähigung, Betriebsführer zu sein, abgesprochen; ohne daß der Unternehmer natürlich seine Unternehmereigenschaft verliert.

Die ganze Tätigkeit der sozialen Ehrengerichte muß wie ein blutiger Hohn wirken. In einem Lande, in dem die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bis zu unerhörten Graden getrieben wird, werden ein paar Gewerbetreibende und Handwerker wegen »Ausnutzung der Arbeitskräfte zu lächerlichen Geldstrafen verurteilt.

Die »Frankfurter Zeitung« meint freilich in einer Besprechung der »Ehrengerechtigbarkeit: »Nichts könnte die Verwirklichung des sozialen Friedens in Deutschland deutlicher machen als die Tatsache, daß unter den einigen 20 Millionen Menschen, die durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit erfaßt werden, sich nur 251mal die Notwendigkeit ergab, eine ehrengerichtliche Verfolgung einzuleiten...« Sir irrt damit. Nicht für die Verwirklichung des sozialen

birthstag des Führers von 0 bis 24 Uhr bei allen Postanstalten des Reichs Gelegenheit zum Erwerb von Viererblocks mit dem Bilde des Führers bieten. Bei den größeren Postämtern wird für die Ausgabe der Markenblocks dauernd ein Schalter offengehalten.«

»In Berlin werden drei fahrbare Postämter und zehn fahrbare Schaltertische zum Verkauf von gestempelten und ungestempelten Führermarkenblocks im Stadtinnern und an der Paradenstraße eingesetzt.

Außerdem werden unweit der fahrbaren Postämter und Schaltertische sowie an der Paradenstraße fliegende Markenverkäufer Führer-Markenblocks verkaufen.«

Eine etwas ungewöhnliche Art, Postgebühren zu kassieren? Es kommt noch besser:

Ein Beispiel:

Eine Reihe von Firmen hat größere Mengen Markenblocks mit dem Bilde des Führers gekauft, um sie am Geburtstag des Führers oder am 1. Mai ihren Gefolgschaftsmitgliedern zu schenken. Diese Firmen haben ein nachahmenswertes Bei-

spiel an Opfersinn und Verbundenheit mit dem Führer und dem nationalsozialistischen Staat gegeben. In der Gewißheit, daß alle Firmen diesem Beispiel folgen werden, wird der Druck der Marken seit Tagen beschleunigt. Die Betriebe und Firmen werden gebeten, die für den 20. 4. und 1. 5. benötigten Mengen an Markenblocks sofort bei den zuständigen Postämtern oder unmittelbar bei der Versandstelle für Sammlermarken in Berlin zu bestellen, damit sie auch rechtzeitig geliefert werden können.

Wer zweifelt noch daran, daß eine große Siegesmeldung bevorsteht? Die lebhaft — durch und durch freiwillige — Nachfrage wird als eine Art Volksabstimmung, als ein neuer stürmischer Liebesbeweis der nur zum Schein meckern den Deutschen für Führer und Regime gefeiert und weidlich ausgeschlachtet werden. An die Stelle der beim Hitlerschen Regierungsantritt für 1937 versprochenen freien Wahl ist eine Geburtstagsfeier getreten, an die Stelle des Zettels zur Stimmabgabe eine Briefmarke zum Lecken.

Friedens ist diese geringe Zahl der Anträge ein Dokument, sondern für die wachsende Erkenntnis der Arbeiterschaft, daß diese Ehrengerechtigbarkeit nur wertloser Pflunder ist, mit dem die soziale Ehre der arbeitenden Menschen nicht zu verteidigen ist.

Die Arbeiter verzichten auf dieses moralische Pflaster und bereiten sich darauf vor, ihre soziale Ehre durch den Sturz des nationalsozialistisch-kapitalistischen Regimes zu erringen.

## Parteitempel und Größenwahn

In Deutschland werden jetzt die nationalsozialistischen »Dorfgemeinschaftshäuser« große Mode. Sie unterscheiden sich von den anderen Parteihäusern der Vorhitlerzeit dadurch, daß die Kosten für Bau und Einrichtung nach Möglichkeit auf die Einwohner abgewälzt werden. Den Grund und Boden stellt gewöhnlich die Gemeinde zur Verfügung, das Material wird von »Betriebsführern« aus der Umgegend erpreßt, und endlich werden die Handarbeiter des Ortes gezwungen, den Bau in »freiwilligen Arbeitsstunden« zu errichten. Das fertige Haus dient reinen Parteizwecken. Manch einer, der freiwillig daran bauen mußte, macht später um das eigene Werk einen großen Bogen. In einem ostpreussischen Oerthen aber — Romau, Kreis Wehlau — hat der braune Hausrummel eine besondere Blüte gezeitigt. Dort geht man jetzt daran, nach dem Plan des Reichsheimstättenamtsleiters der DAF (das gibt es) eine Art Parteitempel zu errichten, 40 Meter lang, 12 Meter breit. In der Ehren-

halle — sie soll fast den ganzen Raum einnehmen — wird neben Gefallenstafeln, Führerbüste, Hakenkreuzen und Fahnenhaltern auch eine Orgel eingebaut. Die Hauptattraktion aber wird die Krypta bilden, in der, wie die Zeitungen versichern, »verdiente Parteigenossen eine würdige Ruhestätte finden.

Wenn das im Reich Schule macht, dann wird bald jedes Kuhdorf seine Fürstengruft haben, darin die alten Kämpfer mitsamt ihren Vorstrafen begraben liegen. Während die braunen Parteigrößen sich von Sklavenhänden kostspielige Grabstätten bauen lassen, fehlt es rings an Wohnungen, haufen Kinderreiche Familien in Einraumbaracken, verkommen Landarbeiter in menschenunwürdigen Löchern. Der Kult, den selbst die kleinsten Ortsführer mit ihrer eigenen Person treiben, hilft Deutschland ruinieren.

## Das Rezept

»Die persönliche Lebensweise des Führers ist wahrhaft spartanisch; was er zu sich nimmt, ist ein Beispiel dafür, wie wenig der Mensch eigentlich zu einem gesunden Leben braucht... Wenn der Führer seit vielen Jahren keine Butter ist, schon zu einer Zeit also, in der es noch keinen Vierjahresplan gab und der zarte Hinweis Hermann Görings »Viel Fett macht dick« noch unausgesprochenes Geheimnis unserer schönen Frauenwelt war, dann darf man annehmen, daß dieses Rezept zum Ausgleich sitzender Arbeitsweise auch hier erprobt ist — als eine glückliche Verbindung des Angenehmen mit dem Nützlichen.«

(Reichspressechef der NSDAP Dietrich in seinem Hitler-Geburtstagsartikel.)

traurigen Zeite nennt sich das Buch im Untertitel und erzählt von den traumhaften Abenteuern, die ein Schweizer vermittelst Tarnkappe im Dritten Reich erlebt. Der Autor nimmt vor allem den Wodans-Rummel aufs Korn und zeigt sich in der germanischen Götterkandale erstaunlich beschlagen. Bei Freyas sämtlichen Beischläfern, bei Lokis unzähligen Schandtaten und Odins gesammelten Treuebrüchen: diese Mythologie wirkt streckenweise so unzüchtig, ist derart »asiatisch verderbt«, daß der Germanengläubige eigentlich an jüdische Entstellungen dieser Götterlehre glauben müßte, wenn er an Rosenberg nicht irre werden will. — Das Buch hält seinen launigen Hohn bis zu Ende durch und darf als kleines Lachkabinett des braunen »Mythos« gelten. B. Br.

## Leeres Stroh

Es gibt wieder eine Kunstkritik in Deutschland. Auf der Bochumer »Theatertagung der Hitler-Jugend« erklärte der Vertreter des Propaganda-Ministeriums:

»Diese Entwicklung von dem unter der liberalistischen Pressefreiheit oft würdigen Zustand bis zur heutigen Berufung des Schriftleiters habe mit der Schaffung einer zeitgemäßen, die Kunst fördernden Kunstkritik einen Schlußstein erhalten. Zwischen Künstler und Schriftleiter sei dadurch das Verhältnis einer Kameradschaft hergestellt, der alle Eigenschaften der besserwissenden oder gar bössartigen Kritik fehlen. Damit werde auch der im Ausland so gar erhobene Vorwurf, es werde jede kritische Äußerung in Deutschland niedergehalten, zurückgewiesen.«

Sie stehen auf die Dauer zu nichts, nicht einmal zu dem Verbot, das Göbbels vor eini-

gen Monaten in aller Form und Feierlichkeit erlassen hat. — Um diese Theatertagung wurde in der braunen Presse eine Woche hindurch viel Radau gemacht. Viel Lärm um Quatsch. Hier einige Bröckchen. Der Reichsdramaturg Schösser sagte laut »Preuß. Ztg.«:

»Wenn die HJ dank ihres allem Großen aufgeschlossenen Sinnes gefühlsmäßig erfassen lernt, worum es bei den höchsten ethischen Werten des dramatischen Schaffens geht, wenn sie nicht, daß sich hier im Symbol verdichtet, was als praktisches Exerzierregiments des inneren Anstandes ihr in ihrer Gliederung, im Staat, im Leben überhaupt nahegebracht wird, dann wird sie auch...« usw. usw.

Wer sich dabei etwas denken kann, der trete vor! Da versagt selbst die »Frkf. Ztg.«, die meistens versucht, das einigermaßen Sinnhafte aus dem offiziellen Geschleime zu pikieren. Sie berichtet von einer der Reden:

»Die Schlußthesen über das Ziel dieser Theaterarbeit lauteten etwa: »Der Schauspieler darf nicht allein aus dem Spieltrieb sich bilden, sondern er muß darauf bedacht sein, daß er als deutscher Vollmensch sich zum Sprecher seines Volkes aufschwinge.« ...Alle Organisationen könnten nichts nützen, die Theater würden leer stehen, falls es nicht gelänge, die Menschen der Bühne mit den Menschen des Zuschauer-raumes in Verbindung zu bringen, nicht allein für die Dauer der Aufführung, sondern in der dauerhaften nationalsozialistischen Substanz selber.«

Wieder ein Gemisch von Trivialität, Gesinnungsphrasen, bodenloser Schwätzerlei oder Verlogenheit, wie dieser:

»Das vielleicht ist das Bewegendste an dieser Arbeit, daß es heute eine Jugend gibt, die zu Tausenden und aber Tausenden an großen kulturellen Veranstaltungen teilnimmt.«

Es gab in der Demokratie eine Jugend aller ernsthafteren Parteien, die zu Millionen in jene kulturellen Veranstaltungen strömte, in denen sich jeder wirkliche Gedanke frei, ungefährdet und kritisch äußern durfte. Und bei keiner größeren Veranstaltung konnte sich so etwas wie obiger Quatsch hervorwagen, ohne in aller Öffentlichkeit dem Fluche der Lächerlichkeit anheim zu fallen.

## Bomben über London

In großem offiziellem Rahmen wurde in Berlin der römische Antibolschewisten-Film »Mario« aufgeführt, ein von Mussolini angelegtes antifaschistisches Machwerk. Begeisterte Aufnahme in der Nazipresse. Nun das Gegenstück: In einem Londoner Kino läuft ein Film, der die Gefahr des faschistischen Militarismus zeigt. Getobe in der Hitlerpresse. Selbst die »DAZ« zürnt unter der Überschrift »Ein giftiger Film«:

»In dem Film wird in sehr eindrucksvoller und künstlerischer glänzender Art dargestellt, wie eine feindliche Macht, die nicht genannt ist, einen großangelegten Bombenüberfall auf das friedliche London durchführt... Bedauerlich an dem Film ist aber besonders, daß er einen höchst unerwünschten Einfluß auf die deutsch-englischen Beziehungen haben muß. Die feindliche Macht, die den Angriff durchführt, ist nicht genannt, aber es kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß das Publikum an Deutschland denken muß.

Damit aber nicht genug, werden im Laufe des Films Bemerkungen gemacht, die durchaus aus dem Vokabularium der deutschfeindlichen Hetzpropaganda stam-

men. »Und ohne auch nur den Krieg zu erklären!« murmelt ein Minister. »Was haben wir Ihnen getan, daß sie unsere Frauen und Kinder morden wollen?« sagt eine abgeklärte Frau. Es sind Bemerkungen, die die etwas älteren Mitglieder des Publikums an die übelste Hetzpropaganda aus dem Weltkrieg erinnern müssen...«

Deutschland ist nicht genannt, aber das Dritte Reich hat ein so schlechtes Gewissen, daß seiner Meinung nach nur Deutschland gemeint sein kann. Man hat drüben seit Jahren Hetzfilme gegen Rußland, gegen demokratische Staatssysteme und für Hitlerdeutschlands imperialistischen Ziele losgelassen, doch sowie endlich, endlich einmal ein demokratisches Land sich zur Gegenwehr rührt, sowie die Brandstifter einmal filmisch hoch genommen werden, läßt die verfolgte Unschuld ein Wutgeheul zum Himmel steigen. Man muß es immer wieder sagen: diese ausgekochte Heuchelei macht ihnen niemand nach!

## Die Zehnjährigen

»Rädelsführer und mannhafte Streiter«

Und noch eins haltet fest: Auch die HJ ist eine Kampforganisation der Bewegung. Wir sind kein Verein für Musterskneben und auch keine Kindergesellschaft, sondern ein Jugendbund. Wir wollen tapfere Jungen haben und keine Muttersöhnchen. Wir können keine Drückeberger gebrauchen, die im Turnen eine Fünf haben, sondern wir wollen Rädelsführer, die boxen, ringen und schwimmen und mannhafte streiten können.

(Baldur von Schirach zu den zehnjährigen Jungvolkpimpfen in der Marienburg.)

# Sozialpolitische Blüten im Dritten Reich

## Berufsstammrolle — Tarif — Sabotageklausel — Selbstverantwortung

Anlässlich des Geburtstages des »Führers« meint die Deutsche Arbeitskorrespondenz, es sei »ein wunderbares Bild, heute diesen Mann an der Spitze eines Volkes zu sehen und wenn das Volk zum fünftenmal »seinen nationalen Feiertag« begeht,

»so erinnert allein schon dieser 1. Mai in seiner äußeren Gestalt und in seinem Sinneswandel an das gewaltige soziale Werk, das dieser erste Arbeiter in unserem Volk aufzurichten begonnen hat.«

Die DAK bringt noch vor dem 1. Mai einige Beispiele für den »Sinneswandel«, den die deutsche Sozialpolitik unter dieser Führung erfahren hat. Da wird jetzt als ein neues »Ordnungsmittel für Berufserziehung« die Berufsstammrolle der DAF angekündigt.

### Die Berufsstammrolle der DAF

Unter der Leitung von Dr. Arnhold, dem Erfinder der gelben Betriebswissenschaft, hat es das Amt für Berufserziehung und Betriebswissenschaft übernommen, einmal die Betriebsstätten »in sinnvoller Weise« zu ordnen und zum anderen die berufserzieherische »Prägung des Arbeitsmenschen« zu leisten. Das Amt hat angeblich eine Berufsschulungsreform entwickelt, die ein neues »sozialistisches« Deutschland »untermauern« soll.

»Die Zeit, in der die Ueberheblichkeit des alten Wirtschaftspraktikers die neuen Berufserziehungsmethoden der DAF als betriebsfremde Experimente abzutun versucht, ist vorbei.«

Die DAF, so beteuert die Korrespondenz, wird sich ihr vom Führer anerkanntes Vorrecht niemals mehr streitig machen lassen. Wie auf anderen Gebieten, z. B. Arbeitsbuch, so hat die Arbeitsfront auch hier die Zünfte studiert und ist zu dem Entschluß gekommen, nach dem Vorbild der mittelalterlichen Lehrlingsrolle zum 1. April 1937 eine Berufsstammrolle obligatorisch einzuführen. Es soll eine »totale Beobachtung« der betrieblichen Verhältnisse erreicht werden. Drei Kartellgruppen umfassen die Berufsstammrollenkartei, in der alle Lehrverhältnisse registriert werden, eine Lehrlingskartei, die alles nötige über den Lehrling selbst enthält und eine Lehrbetriebskartei, die Auskunft über die Lehrbetriebe gibt. So sollen alle Lehrverhältnisse künftig kontrolliert werden.

Aus dieser »Gesamtschau« soll dann die Begebenheitsauslese erfolgen. Natürlich wird der Arbeitsfront die Befugnis gegeben, den entscheidenden Einfluß auf die Verteilung der Lehrlinge in die einzelnen Betriebe auszuüben. Die Aufhebung der Arbeitsfreiheit, die kürzlich für die Rüstungsarbeiter durch Verordnung verfügt worden ist, soll nun allgemein für die arbeitende Jugend unmittelbar nach dem Verlassen der Schule in Kraft treten. Statt einer sachgemäßen Berufsberatung und freien Berufswahl werden die Jugendlichen zur Stammrolle, deren Bezeichnung das einzig aufrichtige zu sein scheint, gemeldet und einem Betrieb zugeteilt. Die Bedürfnisse der Rüstungsindustrie werden für die Verteilung der Lehrlinge sicher maßgeblicher sein, als die fachliche Eignung und Neigung des jungen Menschen. Darüber hinaus erleichtert es die staatspolitische Kartellführung für erwachsene Arbeiter, wenn die nationalsozialistische Zuverlässigkeit bereits im jugendlichen Alter ermittelt und registriert werden kann. Die Berufserziehung war schon immer ein beliebter Vorwand für die Nazis, um die Zwecke der parteipolitischen Erziehung erreichen zu können. Herr Arnhold läßt auch keinen Zweifel darüber, daß vor allem auf dem Wege der Berufserziehung die nötige Zahl von Antriebern für die Betriebe herangebildet werden müssen. So wurden auf der Reichsschule für Ingenieure und auf drei Landes-schulen bereits 6200 Ausbildungsleiter, Werkmeister und Betriebsführer zusammengefaßt, die »für ihre künftige erzieherische Aufgabe im Betriebe ausgerichtet« werden. Die neue Stammrolle wird »überlich registrieren, wo die besten »Erzieher« für die Betriebsarbeiter zu suchen sind. Man will mit der Berufsstammrolle allmählich genügend Erfahrungen sammeln, um allmählich damit den Unterbau für eine ähnlich geordnete Erwachsenen-Berufserziehung schaffen zu können. Deutsche Sozialpolitik, wo stammrollst Du hin?

Tarifordnungs-Verwirklichungsklausel

Die Arbeitsfront hat als »Ersatz« für die Tarifverträge die sogenannte Tarifordnung eingeführt, die ganz im Gegensatz zum kollektiven Lohnvertrag ein Lohn-Diktat durch den Unternehmer und seinen Treuhänder bedeutet. Neuerdings wird nun bekannt,

daß in immer größerem Ausmaß auch diese Tarifordnungen dadurch entwertet werden, daß sie folgende Klausel beinhalten:

»Tarifliche Ansprüche verfallen, sofern sie nicht binnen zwei (drei, vier) Monaten nach ihrer Entstehung geltend gemacht werden.«

Nach derselben Methode sind auch in vielen Betriebsordnungen sogenannte Verwirklichungsklauseln anzutreffen. Trotz zahlreicher Rechtsstreite ist bis heute noch kein Urteil zu finden, in dem diese sittenwidrigen Sabotageklauseln für nichtig erklärt worden wären. Wer die deutsche Betriebsdiktatur kennt, weiß, daß oft genug die Belegschaft von dem »Betriebsführer« mehrere Monate daran gehindert werden kann, ihre Tarifansprüche geltend zu machen. Dann aber sind die tarifrechtlich zugesagten Ansprüche kraft der nichtwürdigen Klausel verfallen. Sicher bleibt dem deutschen Arbeiter heute immer nur ein, die Rechtslosigkeit.

Sozialverwaltung oder Selbstverantwortung

Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz regt sich augenblicklich über den Unternehmer-syndikus Heinz Brauweiler auf, weil er in einem Buch über »Sozialverwaltung« diesen Begriff falsch ausgelegt hätte. Herr B. hatte nämlich die Deutsche Arbeitsfront als »Sozialverwaltungsorganisation« aufzuführen versucht. Er möge sich nicht wundern, wenn die DAF sich das nicht gefallen läßt.

»Die DAF ist der verlängerte Arm der Partei, eine politische Organisation, d. h. sie hat auf ihrem Abschnitt nicht verwaltende, sondern schöpferisch führende Arbeit zu leisten.«

Wir möchten Herrn Brauweiler noch deutlicher aufklären, die DAF ist noch nicht einmal der verlängerte Arm, sondern der

Schwanz der Partei und sie ist wirklich keine Sozialverwaltung, denn die Mitglieder haben weder eine Selbstverwaltung, noch ist es Aufgabe der DAF, die menschliche Arbeitskraft als soziales Gut der Nation zu betreuen, sie verwaltet lediglich Beiträge zugunsten der Naziwalter.

Die DAK belehrt Herrn Brauweiler weiter, daß die Erhaltung des Arbeitsfriedens und der Schutz der Arbeitsehre unter den Begriff der »Arbeitsverwaltung« fallen sollen. Beides sind politische Aufgaben, was im Faschismus nur so gedeutet werden kann, daß der Arbeitsfrieden auf Kosten der Arbeiter geht und die Arbeitsehre über das geraubte Arbeitsrecht hinwegtäuschen soll. Politik ist eben im Dritten Reich Nazi-Partei-Politik. Ferner müßte Herr B. doch begreifen, daß es in der Sozialversicherung heute keine »Selbstverwaltung« gibt. Auch dagegen läßt sich kaum eine Einwendung machen, nachdem jede Selbstbestimmung der Versicherten aufgehoben worden ist. Schließlich macht die DAK dem Syndikus klar, daß die Arbeitsfront schon längst für ihre eigene Organisation das Wort Selbstverwaltung längst durch »Selbstverantwortung« ersetzt habe. Herr Brauweiler scheint wirklich nur sehr oberflächlich unterrichtet zu sein. Soziale Selbstverwaltung setzt nämlich immer eine Anerkennung der kollektiven Mitbestimmung der Arbeiter und Angehörten an den staatlichen sozialen Einrichtungen und in ihren eigenen Organisationen voraus. Er sollte die Ausstellung »Gebt mir vier Jahre Zeit« besuchen, um festzustellen, daß die Zeit ausgereicht hat, jeden Rest von sozialer Selbstverwaltung in Deutschland auszulöschen. Die Selbsterkenntnis der DAK ist diesmal aber kaum der Weg zur Besserung.

## Hitlersystem züchtet Bleivergiftung und Staublunge!

### Zahl der Berufskrankheiten im Dritten Reich verdoppelt. — Nach wie vor steigt steil die Kurve der Industriefälle

Den amtlichen Publikationen des RVA (Reichsversicherungsamtes) aus den letzten Tagen, und zwar sowohl dem Jahresrapport der Anstalt über 1936 wie auch ihren letzten monatlich-periodischen Verlautbarungen, sind jetzt wichtige, weil anklägerische Vergleichszahlen über den Grad der Ausbeutung und des erbarmungslosen Menschenverschleißes unter der Hitlerdiktatur zu entnehmen. Die letzte Nummer der »Sozialen Praxis« (Nr. 15 d. J.) beschäftigt sich damit, wenn auch nur registrierend und referierend, selbstverständlich ohne des leisen Wortes der kritischen Bewertung des empörenden Tatbestandes. Dieser Zahlenzusammenstellung auf Grund des soeben herausgekommenen amtlichen Materials ist folgendes zu entnehmen:

Im Deutschen Reich wurden Berufskrankheiten bei dem Amt gemeldet:

im Jahre 1933 . . . . .	7.133 Fälle
im Jahre 1934 . . . . .	7.664 Fälle
im Jahre 1935 . . . . .	8.900 Fälle
im Jahre 1936 . . . . .	15.944 Fälle!

»Vier Jahre Zeit« haben sie allerdings dem »Führer« gegeben: am Ende dieser seiner Bewährungsfrist als »deutscher Retter« steht die Verdoppelung der anklägerischen Erscheinung am Rande der kapitalistischen Produktionsweise, die schon in deren Anfängen als Hauptargument gegen den Manchestergeist für alle modernen Gesellschaftskritiker mit Recht gedient hatte. So »antikapitalistisch« ist die Hitlerei, daß sie das Industriearbeiterelend der siebziger oder achtziger Jahre, mit Weberschwind sucht, Staublunge und Bleivergiftung — das sind die drei auch jetzt wieder ausdrücklich als auffälligste Erscheinungsformen des Sachverhaltes aufgezählten »Berufskrankheiten« — wieder geschaffen hat, nachdem neue, vom gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter ausgehende Auffassungen in Staat und Wirtschaft diese Epoche längst überwunden zu haben glaubten! Im übrigen steht dieser soziale Befund in geradezu höhnischem Gegensatz zu den sogenannten »eugenischen« Bestrebungen des Dritten Reiches auf dem Gebiete der »Rassene- und »Erbgesundheits«-Pflege, zu deren Gunsten man sich in den Unsinns einer überkomplizierten und überbürokratisierten Staatsmedizin gestürzt hat, den Arzt zum Sanitätsfeldwebel der Militärbedürfnisse des Regimes degradierend!

Mindestens so aufschlußreich, wie die jetzt herausgekommenen Zahlen über die Berufskrankheiten im Dritten Reich, sind die zum ersten Male aus dem jetzt vorliegenden Material der RVA zusammengestellten Zahlenreihen über die Industrie-Unfallhäufigkeit seit Bestehen der Diktatur. Im »Neuen Vorwärts« ist in früheren Beiträgen oftmals darauf hingewiesen worden, wie sich der bis ins Tolle gesteigerte Grad der Arbeiterausbeutung im Zeichen des Leyschen »Freut-euch-des-Lebens-Sozialismus« in nackten Ziffern der gegenwärtigen deutschen Berufsunfallstatistik äußert. Aber bisher beschränkten sich die dabei genannten Zahlen entweder auf bestimmte Produktionszweige und »Branchen«, soweit sie bekannt wurden — wie etwa auf die Unfallfrequenz in den deutschen Bergwerken, die allerdings abnorm hoch ist — oder auf das Berichtsmaterial der Gewerbeaufsicht, das nicht immer vollständig zu sein braucht und immer auch nur regionale Teilkomplexe erfaßt. Nunmehr lassen die neuesten Veröffentlichungen des RVA einen mehr als interessanten Einblick in die Vollständigkeit und Allgemeingültigkeit der Erscheinung zu. Das sind die folgenden aufreizenden Zahlenreihen:

»Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle stieg in den Jahren 1933 bis 1935 von 877.981 in diesem ersten Jahr der Hitlerei (tödlich verlaufen 7133) auf 1.103.449 (tödlich verlaufen 6870) im zweiten, und gar auf 1.268.924 (tödlich verlaufen 7541) im dritten Jahr des »deutschen Sozialismus«.

Die schon genannte »Soziale Praxis« kann das natürlich nicht mehr einfach unter den Tisch fallen lassen, wie es die ausgesprochenen Nazi-Tageszeitungen tun, wenn sie von den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen Deutschlands reden und dabei auch noch heute von den Leistungen der »vierzehn Jahre der Schande« auf diesem Gebiet zehren dürfen. Die »Soziale Praxis« begründet also diese nicht gut wegzuleugnende und außergewöhnliche, totale Steigerung der Arbeitsunfallfrequenz mit der Zunahme des Arbeitsvolumens als Folge der Hitlerschen »Arbeitsbeschaffung«. Wie faul diese bequeme Ausrede ist, zeigt der gleichermaßen vorliegende neueste Ausweis des RVA, über die Zahl der Unfallversicherten bei den einzelnen Berufsgenossenschaften, die bei der genannten Haupt-

behörde zentralisiert sind. Danach gab es Unfallversicherte

im Jahre 1933 . . . . .	22.2 Millionen,
im Jahre 1934 . . . . .	23.5 Millionen,
im Jahre 1935 . . . . .	24.5 Millionen

Danach wäre das Arbeitsvolumen gerade um 10 Prozent gewachsen (wenn man nach der Zahl der Beschäftigten, bzw. Versicherten rechnen will). Dagegen erweisen die Unfallzahlen selbst eine Steigerung von rund 25 Prozent! Was also wäre mit Hitlers sogenannter »Arbeitsbeschaffung« eigentlich entschuldigt?

Die Angelegenheit wird noch aufregender, wenn man sich bei der Registrierung der Betriebsunfälle auf die beschränkten will, bei denen es sich um solche in »rein gewerblichen« Betrieben handelt, wo also jene künstliche Vermehrung des Arbeitsvolumens durch Nicht-Mehr-Berücksichtigung etwa der »zusätzlichen« Arbeiten des Reichsarbeitsdienstes — typische Erfindung der Hitlerei zu getarnt militaristischen Zwecken — noch sehr viel geringer zu veranschlagen ist. Hier betragen nämlich die Unfallsteigerungen der Jahre 1934 und 1935 im Vergleich zu 1933 nicht mehr nur durchschnittlich 25 Prozent, sondern genau 38.1 und 21.2 — also im ganzen über 50 Prozent! Die »Soziale Praxis« muß selbst auf Grund des von ihr durchstudierten amtlichen Berichtsmaterials eingestehen:

»Bei der Zweiganstalt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft sind die Unfallanzeigen von 5222 in 1934 auf 9793 in 1935 gestiegen.« Also in einem einzigen Jahr beinahe auf das Doppelte!

Genügt das? Nämlich um volle Klarheit darüber zu haben, unter welchen Bedingungen der seines sozialen und politischen Selbstschutzes beraubte deutsche Proletariat heute zu schuffen hat? Setzen wir noch hinzu, daß ausdrücklich vom RVA, auch registriert wird, daß »merkwürdigerweise« bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die Unfallziffer mit 2.25, bzw. 3.9 sehr gering gewesen sei, dann vervollständigt sich allerdings dieses soziale Bild. Denn am Pflug und beim Heuwagen werden Menschenleben nicht gerade gefährdet, auch wenn der »Boß« noch so flucht und kurant. Aber in den Fabriken, an der Fräsmaschine, an der Dampfsäge, an der Turbine »herrscht jetzt Ordnung« — jene braune Ordnung nämlich, wie die sie meinen, die der Menschenverachtung, der uninformierten Aufpasserei und des von der Kasse auf bürgerliche Dasein überpropten Kadavergehorsams. H. E.

### Woran es liegt

»Wir haben es immer noch nicht gelernt, alles vom Standpunkte der Propaganda aus zu sehen. Die Propaganda muß daher mehr eingeschaltet werden.«

SA-Obergruppenführer Schöne auf einer Tagung in Metgethen, Ostpr. (Preuß. Zeitung Nr. 108.)

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.